



124. Sitzung (Sondersitzung)

Düsseldorf, Donnerstag, 15. April 2021

Mitteilungen des Präsidenten	3	Entschuldigt waren:	
Vor Eintritt in die Tagesordnung	3	Dr. Annette Bunse (CDU)	
Verpflichtung		Björn Franken (CDU)	
der Abgeordneten		Katharina Gebauer (CDU)	
Claudia Cormann (FDP)	3	Matthias Goeken (CDU)	
1 Verantwortung und Weitsicht: Der dritten Welle entschieden entgegentreten – die Brücke für mehr Perspektive bauen		Josef Hovenjürgen (CDU)	
Unterrichtung		Wilhelm Hausmann (CDU)	
durch die Landesregierung		Wilhelm Korth (CDU)	
Entschließungsantrag		Dr. Ralf Nolten (CDU)	
der Fraktion der AfD		Britta Oellers (CDU)	
Drucksache 17/13336		Dietmar Panske (CDU)	
Entschließungsantrag		Charlotte Quik (CDU)	
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Fabian Schruppf (CDU)	
Drucksache /13337		Andrea Stullich (CDU)	
<u>In Verbindung mit:</u>		Raphael Tigges (CDU)	
Sofortiges Handeln nötig – NRW muss jetzt die dritte Welle brechen und Vertrauen in den Staat wieder stärken!		Margret Voßeler-Deppe (CDU)	
Ministerpräsident Armin Laschet	4	Klaus Vosssem (CDU)	
Thomas Kutschaty (SPD)	8	Simone Wendland (CDU)	
Bodo Löttgen (CDU)	13	Heike Wermer (CDU)	
Josefine Paul (GRÜNE)	17	Andreas Bialas (SPD)	
Christof Rasche (FDP)	20	Sonja Bongers (SPD)	
Sven Werner Tritschler (AfD)	24	Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)	
Dr. Martin Vincentz (AfD)	26	Martin Börschel (SPD)	
Ergebnis	27	Georg Fortmeier (SPD)	
		Gabriele Hammelrath (SPD)	
		Hannelore Kraft (SPD)	
		Hubertus Kramer (SPD)	
		Andreas Kossiski (SPD)	
		Hannelore Kraft (SPD)	
		Hubertus Kramer (SPD)	
		Angela Lück (SPD)	
		Eva Lux (SPD)	
		Ernst-Wilhelm Rahe (SPD)	
		Norbert Römer (SPD)	
		Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD)	
		Frank Sundermann (SPD)	
		Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD)	
		Annette Watermann-Krass (SPD)	
		Sebastian Watermeier (SPD)	
		Christina Weng (SPD)	
		Daniela Beihl (FDP)	
		Ralph Bombis (FDP)	

Alexander Brockmeier (FDP)
Markus Diekhoff (FDP)
Martina Hannen (FDP)
Christian Mangel (FDP)
Franziska Müller-Rech (FDP)

Berivan Aymaz (GRÜNE)
Sigrid Beer (GRÜNE)
Arndt Klocke (GRÜNE)
Johannes Remmel (GRÜNE)
Norwich Rüsse (GRÜNE)

Dr. Christian Blex (AfD)
Gabriele Walger-Demolsky (AfD)

Alexander Langguth (fraktionslos)
Frank Neppe (fraktionslos)
Marcus Pretzell (fraktionslos)

Beginn: 13:05 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie herzlich zu unserer heutigen, 124. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien und den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Herzliche Glückwünsche und alles Gute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen dürfen wir heute der Kollegin Frau Spanier-Oppermann von der Fraktion der SPD und der Kollegin Frau Weng von der Fraktion der SPD ausrichten. Beiden Kolleginnen herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Die Einberufung des Landtags zur heutigen Sitzung erfolgte gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 21 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung auf Antrag der Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung haben wir die **Verpflichtung eines neuen Mitglieds des Landtags** gemäß § 2 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung vorzunehmen.

Der Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen hat mir mit Schreiben vom 9. April 2021 mitgeteilt, dass mit Wirkung vom 15. April 2021 Frau Claudia Cormann von der FDP als Nachfolgerin für den Abgeordneten Herrn Bodo Middeldorf von der FDP Mitglied des Landtags geworden ist.

Aufgrund der aktuellen Coronasituation werde ich die nach § 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehene Verpflichtung von Frau Cormann hier vorne im Plenarsaal vornehmen. An einem der aufgebauten Standmikrofone werde ich den nach unserer Geschäftsordnung vorgesehenen Text der Verpflichtungserklärung sprechen. Frau Cormann wird dann im Anschluss anstelle eines Handschlags ihre Verpflichtung durch die Worte „Ich bezeuge“ bekräftigen.

Alle anderen Personen im Raum bitte ich, zur Verringerung des Ansteckungsrisikos ausnahmsweise während der Verpflichtung auf ihren Plätzen sitzen zu bleiben.

(Präsident André Kuper und Claudia Cormann [FDP] begeben sich zu den Standmikrofonen.)

Sehr geehrte Frau Kollegin Claudia Cormann, ich bitte Sie, die folgenden Worte der Verpflichtungserklärung anzuhören und anschließend zu bekräftigen:

„Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, dass sie

ihre ganze Kraft dem Wohle des Landes Nordrhein-Westfalen widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.“

Claudia Cormann (FDP): Ich bezeuge, so wahr mir Gott helfe.

Präsident André Kuper: Sehr geehrte Frau Kollegin, ich heiÙe Sie als neue Abgeordnete hier in unserer 17. Wahlperiode sehr herzlich willkommen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei der täglichen Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank – Claudia Cormann [FDP]: Danke schön! Vielen Dank!)

Damit rufe ich auf:

1 Verantwortung und Weitsicht: Der dritten Welle entschieden entgegentreten – die Brücke für mehr Perspektive bauen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13336

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache /13337

In Verbindung mit:

Sofortiges Handeln nötig – NRW muss jetzt die dritte Welle brechen und Vertrauen in den Staat wieder stärken!

Die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 13. April 2021 die unverzügliche Einberufung des Landtags zu dem Tagesordnungspunkt „Sofortiges Handeln nötig – NRW muss jetzt die dritte Welle brechen und Vertrauen in den Staat wieder stärken!“ beantragt.

Der Chef der Staatskanzlei hat ebenfalls mit Schreiben vom 13. April 2021 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag zum Thema „Verantwortung und Weitsicht: Der dritten Welle entschieden entgegentreten – die Brücke für mehr Perspektive bauen“ zu unterrichten.

Sowohl die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen als auch die Landesregierung sind mit einer verbundenen Behandlung des Antrags im Rahmen der Unterrichtung durch die Landesregierung einverstanden.

Die Unterrichtung durch die Landesregierung erfolgt durch Herrn Ministerpräsidenten Laschet. Ich erteile dem Ministerpräsidenten daher gern das Wort. Bitte schön.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind heute drei Wochen nach der letzten Unterrichtung erneut zu einer Sondersitzung des Landtags zusammengekommen. Die pandemische Lage ist erneut ernst. Vor einer Woche hatten wir landesweit noch eine Inzidenz von 106,9. Gestern lag sie bei 148,4, heute beträgt sie schon 158,6.

Besonders die Lage auf den Intensivstationen spitzt sich von Tag zu Tag weiter zu. Inzwischen müssen dort wieder fast 1.000 COVID-Patienten behandelt werden. Vor einem Monat war es nur etwas mehr als die Hälfte. Es werden jeden Tag mehr und mehr Menschen auf den Intensivstationen und in den Krankenhäusern aufgenommen – immer öfter auch jüngere Menschen, die sehr viel länger auf den Stationen betreut werden müssen.

Wir kommen der Kapazitätsgrenze inzwischen gefährlich nahe. In Essen, Hagen und Köln stehen die Intensivbereiche bereits heute kurz vor der Kapazitätsgrenze. Wir kommen zeitnah erneut an den Punkt, an dem geplante Operationen wieder verschoben werden müssen. Daran kann man auch die Wechselwirkung erkennen. Ja, wir werden für alle COVID-Patienten am Ende Plätze haben. Aber andere, die dringend auf eine Operation warten, werden dann erst später operiert werden können, so dass auch da Schäden auftreten.

Die Lage ist dramatisch, und deshalb habe ich bereits am Ostermontag zusammen mit dem Präsidenten der Intensivmediziner, Professor Gernot Marx, auf diese dramatische Lage hingewiesen und bundesweit einen harten, schnellen, entschlossenen und geschlossenen Lockdown als Teil einer Brücke zu mehr Perspektiven vorgeschlagen.

Ich sage es ohne Umschweife: Das hat nicht jedem gefallen; ganz im Gegenteil. Doch spätestens die Entwicklung der vergangenen Tage hat gezeigt, dass wir uns dem Infektionsgeschehen erneut entschieden entgegenstellen müssen.

Es gibt ja unterschiedliche Phasen – auch im politischen Wettbewerb. Man hat die Idee lächerlich gemacht. Man hat gesagt, man brauche keine vorgezogene MPK. Ich bin immer noch der Meinung: Hätten wir uns direkt in den Tagen nach Ostern kurzfristig versammelt,

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

und hätten wir uns verständigt, schnell etwas zu unternehmen und das nicht in den parteipolitischen Streit hineinzuziehen, wären wir heute weiter, als wir es sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nun hilft das nicht weiter. Wir beraten gerade das Bundesgesetz im Deutschen Bundestag. Es ist in Ordnung, wenn wir bundesweite Regeln haben. Aber das, was da beschlossen wird, ist im Wesentlichen das, was hier schon gilt. Das ist eine Festschreibung der Notbremse. Jetzt wird über die Ausgangsbeschränkung noch gestritten. Ob sie reinkommt oder nicht, kann man im Moment gar nicht absehen.

Aber wenn der Bundestag das macht und zwei Wochen lang mit all den unterschiedlichen Meinungen in beiden großen Regierungsfractionen, die ja auch uns hier kennzeichnen, berät – erste, zweite, dritte Lesung –, ist das keine schnellere Entscheidungsmöglichkeit als durch 16 Ministerpräsidenten. Ich wünsche dem Bundesgesetz trotzdem jeden Erfolg. Fristverkürzungen werden nicht funktionieren, weil die Oppositionsparteien im Bundestag da nicht mitgehen. Der Bundesrat hat auch seine Regeln.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Die AfD nicht!)

Aber eines ist klar: Die Lage ist ernst, und wir müssen jetzt handeln. Das ist jenseits all dieser Verfahren das Wichtigste, wozu sich auch der Landtag von Nordrhein-Westfalen bekennen sollte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen gehandelt. Wir haben den Lockdown frühzeitig verlängert. Nordrhein-Westfalen hat die Notbremse gezogen. Bei uns ist jetzt erst nach sieben Tagen einer Inzidenz von stabil unter 100 anstatt nach drei Tagen der Weg aus dem Lockdown möglich.

In den Schulen sind wir nach den Osterferien mit einer Woche der Vorsicht gestartet, in der Unterricht fast ausschließlich auf Distanz stattgefunden hat. Die meisten Länder haben Schulen geöffnet, zum Teil ohne Testpflicht. Wir haben für uns gesagt: Lieber eine Woche der Vorsicht, lieber eine Testpflicht; denn es darf kein Risiko in den Schulen entstehen.

Wir haben mit den zwischen Bund und Ländern vereinbarten Modellprojekten – auch hier im Gegensatz zu anderen Ländern – noch nicht begonnen. Wir haben sie in einem sorgsamem Verfahren, das der Wirtschaftsminister federführend betreut hat, ausgewählt. Wir haben gesagt: Wir wollen das an eine stabile Inzidenz von unter 100 knüpfen. – Modellprojekte werden uns nach der Brücke helfen, wenn wir die Phase überwunden haben und die Zahlen wieder sinken. Dann brauchen wir Testmöglichkeiten, neue Formen und digitale Angebote. Dies muss sorgsam vorbereitet sein. Aber die Regionen, die das Wirtschaftsministerium zusammen mit Experten aus

anderen Bereichen ausgewählt hat, haben sich im Wesentlichen auf eine Inzidenz von unter 100 konzentriert und das Ganze zeitlich verschoben.

Im Bund wird diese Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes beraten. Ich habe es erwähnt. Ich wünsche, dass es dort bald zu Entscheidungen kommt, auch wenn ich weiß, wie schwierig das ist.

Dann kommt die Brücke in den Sommer. Die wesentlichen Pfeiler dieser Brücke hin zur Normalität sind: Impfen, Testen und digitale Kontaktnachverfolgung.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Das sind die drei Bausteine. Beim Testen kann man fragen: Warum ist Click & Meet mit Test möglich gewesen? Wir haben das von Anfang an gemacht. Andere Länder sind gefolgt. Ganz am Ende ist auch Bayern gefolgt.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

– Ja, und jetzt sage ich Ihnen mal etwas. Ich war ja im Testzentrum im Ennepe-Ruhr-Kreis. Dort hat mir der Bürgermeister von Schwelm geschildert, wie das da funktioniert hat. Die machen in der Fußgängerzone von Schwelm ein Testzentrum. Die Menschen lassen sich testen und gehen danach im Schuhgeschäft oder wo auch immer Schuhe einkaufen. Aber wir haben dadurch mehr erreicht, die sich testen lassen.

(Thomas Röckemann [AfD]: Und?)

Wenn jetzt das Bundesgesetz kommt und wir dem folgen, wird diese Möglichkeit nicht mehr bestehen. Alle die Menschen, die man da potenziell getestet hätte, werden dann natürlich nicht mehr getestet werden. Die Wirkungen dessen, was ein Gesetz ausmacht, sind also nicht so klar, wie das manchmal vorgetragen wird.

Deshalb sage ich noch mal: Das kann man leichter machen, wenn die Inzidenzen niedrig sind. Das ist übrigens auch die Erfahrung in Tübingen, dass man sagt: Wenn die Inzidenzen so hoch sind, kann man das Virus nicht durch Testen bekämpfen. – Das ist ja logisch. Aber wir müssen trotzdem Wege finden, wie wir immer mehr Menschen vorzeitig davor warnen, dass sie positiv sind, damit sie nicht andere am Arbeitsplatz und in den Familien anstecken.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

– Ja, der Arbeitsplatz. Natürlich. Aber Sie wollen doch nicht nur beim Arbeitsplatz aufschreiben.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Am Arbeitsplatz und nicht in der Fußgängerzone! – Thomas Röckemann [AfD]: Es gibt doch gar keine Arbeit mehr!)

– Liebe Frau Kollegin, dass Sie beim Arbeitsplatz aufschreiben, freut mich. Dazu kommt ja demnächst eine Verpflichtung ins Bundesgesetz.

(Thomas Röckemann [AfD]: Wahnsinn!)

In den Schulen kommt auch eine Verpflichtung. Auch hier im Landtag sollten wir nutzen, was an Möglichkeiten vorhanden ist. Aber es geht doch um die vielen Menschen, die vielleicht gar nicht jeden Tag am Arbeitsplatz sind, die im Homeoffice sind, die vielleicht älter sind. Wir müssen doch so viele wie möglich durch Testen erreichen. Deshalb ist der breitere Blick der klügere Blick.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt komme ich aber zum Impfen. Wir haben vor Ostern angekündigt, eine Impfoffensive zu starten. Ich darf Ihnen mal sagen, wie schnell das im Moment funktioniert: AstraZeneca wird für über 60-Jährige eingesetzt. Nachdem klar war, dass der Impfstoff von AstraZeneca möglichst für Jüngere nicht mehr eingesetzt werden sollte, haben wir es ab Karsamstag ermöglicht, dass über 60-Jährige Termine für AstraZeneca buchen können. 450.000 Menschen haben das seit Karsamstagmorgen gemacht. Die Ersten sind schon am gleichen Tag geimpft worden. Inzwischen wurden diese Impfungen abgeschlossen.

Zweitens. Der Impfstart der Hausarztpraxen. Am Mittwoch nach Ostern wurden 200.000 Impfdosen von BioNTech an die teilnehmenden Hausarztpraxen ausgeliefert. Auch das hat das Tempo erhöht. Das ist nicht sehr viel. Wenn Sie mit Ihrem Hausarzt reden, sagt der Ihnen, welche kleinen Mengen das sind. Nur: Ohne großes Terminmanagement beurteilt jetzt der Hausarzt, wer chronisch krank ist und am dringendsten der Impfung bedarf. Der Hausarzt schafft auch sehr viel Vertrauen und kann sehr schnell verimpfen.

Parallel dazu haben wir unsere Sicherheitsreserve deutlich reduziert. Wir haben 100.000 Impfstoffdosen von Moderna, die seit dem vergangenen Sonntag im Rahmen einer Impfoffensive in der Eingliederungshilfe und in Werkstätten für Behinderte eingesetzt werden.

75.000 BioNTech-Impfstoffdosen wurden genutzt, um Termine von Menschen über 80 Jahre vorzuziehen.

Mit 130.000 BioNTech-Impfstoffdosen wurden Menschen mit Vorerkrankungen nach der Priorität 2 – das sind insbesondere Menschen mit Organtransplantationen oder einer behandlungsbedürftigen Krebserkrankung – geimpft.

Parallel dazu konnten ab Osterdienstag Personen ab 79 Jahren einen Impftermin buchen. Das Verfahren hat sich bewährt. Seit vergangenen Freitag gilt das auch für die Jahrgänge 1942 und 1943. Morgen beginnen die Terminbuchungen für die Jahrgänge 1944

und 1945. In der kommenden Woche wird die Terminbuchung auch für die Jahrgänge 1946 und 1947 geöffnet.

Es bleibt richtig, die Älteren und die besonders Schutzbedürftigen in einem geordneten Verfahren auch prioritär zu impfen.

Dass wir bei den über 80-Jährigen klare Kategorien hatten, war wichtig. Denn wer die Inzidenzen heute verfolgt, sieht, dass der Schutzwall, den wir um die Altenheime gezogen haben, wirklich steht. Auch das ist für viele Millionen ältere Menschen eine ganz große Entlastung gewesen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb muss alles zu seiner Zeit beantwortet werden. Manche sagen, man hätte das Impfen direkt den Hausärzten übertragen sollen. Nein, denn dann hätten wir diese Schutzwirkung nicht erreicht. Am Anfang war die Priorisierung richtig. Jetzt impfen wir Schritt für Schritt jüngere Jahrgänge. Wenn wir demnächst Millionen-Mengen an Impfstoff haben, können wir auch von der sehr komplizierten und teils bürokratischen Priorisierung weggehen.

Nur: Alles muss in jeder Phase beantwortet werden. Manche werden irgendwann sagen: Jetzt sagen sie plötzlich „Freigeben“, bisher haben sie doch so streng reguliert. – Ja, weil es ein Mengenproblem gab, weil am Anfang wenig Impfstoff zur Verfügung stand und weil die Schutzbedürftigen am Anfang das Wenige erhalten sollten. Wenn wir mehr Impfstoff haben, können wir auch in die Breite gehen. Das ist eine ganz simple Rechnung – lebensnah und so, dass Menschen geschützt werden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

In Nordrhein-Westfalen sind bisher mehr als 3 Millionen Menschen einmal geimpft. Über 4 Millionen Impfstoffdosen wurden verimpft.

Jetzt können Sie dieses exponentielle Wachstum erkennen: Die erste Million Erstimpfungen haben wir am 5. März erreicht. Das war zwei Monate nach Beginn der Impfkampagne. Ich erinnere mich daran, wie am 27. Dezember die ersten Kisten mit großen Lkw kamen. Damals waren zwei kleine Kisten in einem Lkw. Das hat sich Schritt für Schritt gesteigert. Aber wir haben zwei Monate gebraucht, um 1 Million Impfungen durchzuführen. Die zweite Million haben wir bereits am 2. April erreicht, also knapp einen Monat später. Die dritte Million Erstimpfungen haben wir diese Woche am Montag erreicht. Das war dann nur noch zehn Tage später. In zehn Tagen 1 Million mehr! In dieser Zeit haben wir in Nordrhein-Westfalen in jeder Sekunde mehr als einen Menschen geimpft.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Dann sind wir ja am Ende der Woche fertig! – Vereinzelt Heiterkeit von der SPD)

Nordrhein-Westfalen liegt bei der Zahl der Erstimpfungen inzwischen über dem Bundesschnitt und an der Spitze der großen Flächenländer.

Sie finden das lustig? Sie können sich das gar nicht vorstellen, wie froh die Menschen sind, die aus einem Impfzentrum herauskommen und geimpft worden sind. Dass Sie sich über so etwas lustig machen, spricht nicht für die Sozialdemokratische Partei – bei aller Liebe.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es gibt Momente, in denen man scherzen kann. Ich kenne das sonst nur von dieser Seite des Plenums.

(Ministerpräsident Armin Laschet wendet sich in Richtung der AfD-Fraktion.)

Aber es gibt auch Momente, die eine große Ernsthaftigkeit erfordern. Diese Impfungen sind das richtige Mittel, um Leben und Gesundheit zu schützen, und ich bitte Sie, diese Debatte mit großer Ernsthaftigkeit zu führen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nun haben wir Johnson & Johnson und BioNTech, und der Auslieferungsstopp des Impfstoffs von Johnson & Johnson ist erneut eine Unwägbarkeit, die mehrere europäische Mitgliedstaaten betrifft. In dieser Woche sollten wir 55.000 Dosen erhalten und Ende April noch einmal knapp 100.000 und bis zum Ende des Quartals insgesamt rund 2 Millionen.

Jetzt können Sie sich vorstellen, was das für das Management eines Gesundheitsministers bedeutet, wenn er diese Dosen eingeplant hat und gestern ein Auslieferungsstopp für Johnson & Johnson verkündet wurde.

Es muss sorgsam geprüft werden. Das ist meine Grundposition: Sicherheit geht vor. Wir erwarten eine baldige Klärung. Sobald die Erklärung der Wissenschaft vorliegt, kann es auch mit Johnson & Johnson weitergehen, aber keine Sekunde vorher.

(Beifall von Bernd Krückel [CDU])

Herr Kollege Kutschaty, ich habe gelesen, dass Sie empfohlen haben, ich sollte Vorverträge für Sputnik V machen.

(Gregor Golland [CDU]: Russische Propaganda!)

– Lassen Sie uns doch sachlich mit so einem Argument umgehen. Ich sage Nein; denn wir haben klare Verfahren und klare Regeln. Ich finde, gerade in dieser Phase ist das wichtig, nicht auf die schnelle Schlagzeile abzielen, sondern sich an diese Verfahren zu halten.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Diese Verfahren sehen wie folgt aus: Für Sputnik V muss ein Antrag bei der EMA gestellt werden. Der Antrag ist eingereicht. Russland liefert nur mühsam nach vielem Drängen Schritt für Schritt die Daten, die Testergebnisse, die man braucht. Die sind noch nicht alle da. Deshalb prüft die EMA so lange. Jeder Mensch wäre doch froh, wenn wir einen zusätzlichen Impfstoff hätten. Aber das muss seriös geprüft werden, und die Gesundheit der Menschen geht vor. Das ist der erste Schritt.

Dann erfolgt die Zulassung durch die Europäische Kommission. Dann entscheidet die Kommission: Kaufen wir als Europäische Kommission Sputnik ein, ja oder nein? Tendenz heute: eher nein. Dann vereinbaren die Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten: Okay, dann könnt ihr kaufen.

Da ist meine Position: Wenn wir so weit sind, muss die Bundesrepublik Deutschland den Impfstoff für alle 16 Länder kaufen, und es geht nicht an, dass wir jetzt noch einen Wettbewerb der einzelnen Bundesländer um einen Impfstoff anfangen, der bis zur Minute nicht einmal zugelassen ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist nicht meine Herangehensweise. Da brauchen wir eine Klarheit – auch gegenüber Russland, auch gegenüber dem Unternehmen, das den Impfstoff herstellt –, dass Deutschland als Ganzes hier anhand klarer Kriterien agiert.

Positiv ist, dass die Europäische Union gestern verkündet hat, dass wir 50 Millionen zusätzliche Dosen von BioNTech erhalten. Das bedeutet für uns in Nordrhein-Westfalen, dass knapp 2 Millionen Menschen mehr ihre erste Impfung bis zu den Sommerferien erhalten werden. Das war eine sehr, sehr wichtige Nachricht, die wir da gestern bekommen haben.

Wir – der Gesundheitsminister und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem in den kommunalen Impfzentren, die Großes leisten und übrigens viele Ideen haben, wie man das effektiv macht – werden jetzt gemeinsam sehen, wie wir das Impftempo steigern können, um auch diese zusätzlichen Dosen möglichst schnell zu verimpfen.

Mein zweites Versprechen gilt weiterhin: Bis zu den Sommerferien in Nordrhein-Westfalen sind mindestens 50 % der Erwachsenen in Nordrhein-Westfalen geimpft.

Wenn in den nächsten Wochen genügend Impfstoff da ist, sollte das Impfsystem für alle geöffnet werden. Das habe ich bereits beschrieben.

Ich komme nun zum zweiten Teil: dem Testen. Impfungen sind das schärfste Schwert gegen die Pandemie. Bis jeder ein Impfangebot bekommt, bleiben die Tests ein weiterer zentraler Pfeiler unserer Strategie.

Die Tests dienen uns als Frühwarnsystem und als Schutzschirm.

Bundesweit gibt es laut Bundesgesundheitsministerium – Stand heute Morgen – 15.000 Teststellen. In Nordrhein-Westfalen haben wir inzwischen mehr als 6.500. Das heißt, fast jede zweite Teststelle in Deutschland steht in Nordrhein-Westfalen.

(Michael Hübner [SPD]: Rechnen kann er auch nicht!)

– Rechnen können Sie auch. Schön. Also, das stimmt dann ungefähr. Sie könnten jetzt in Beifall ausbrechen. Der Beifall gilt dann allerdings nicht der Landesregierung, sondern den Kommunen, die es geschafft haben, viele Private, viele Engagierte, viele Ehrenamtliche, viele eigene Kräfte zu bündeln. Ich sage – Kollege Hübner hat es nachgerechnet –: Wir können in Nordrhein-Westfalen stolz darauf sein, dass wir bei den Teststellen so weit vorne sind. Vielen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese Tests sind wichtig, um das Dunkelfeld aufzuhellen. Im März wurden in Nordrhein-Westfalen mehr als vier Millionen Schnelltests durchgeführt, in den letzten Tagen sogar wöchentlich knapp 1,4 Millionen Bürgertests. Diese Tests sind wichtig, damit das Dunkelfeld aufgehellt wird.

Wenn das Bundesgesetz nun kommt und die Anreize für das Testen möglicherweise entfallen, weil bestimmte Formen wie „Click & Meet“ nicht mehr möglich sein könnten – ich sage das mit aller Vorsicht –, müssen wir alles dafür tun, die Menschen trotzdem dazu zu bewegen, sich testen zu lassen – da kann man nur appellieren –, selbst wenn es dann keinen direkten Vorteil mehr bringt. Unser System war ja ein Anreizsystem.

Gehen Sie zum Test. Nutzen Sie trotzdem diese Möglichkeiten, damit wir in diesem engen Ballungsraum mitten in Europa möglichst viele Menschen testen. Wir haben noch ungenutzte Kapazitäten. Ich finde, Bürgertest ist Bürgerpflicht, gerade in diesen Tagen.

Wir haben das System der Terminbuchungen in den Geschäften. Ich habe das beschrieben. Das RKI sieht dort ein sehr geringes Infektionsrisiko. Deshalb war die nordrhein-westfälische Politik da sehr verantwortlich, aber wir stellen uns natürlich neuen bundesgesetzlichen Vorgaben.

Dann kommt das Testen in den Schulen. Bereits vor den Osterferien haben wir mit den Testungen an den Schulen begonnen. Die Teststrategie führen wir nach der Woche der Vorsicht, die wir jetzt erlebt haben, mit Distanzunterricht ab kommenden Montag fort und intensivieren sie. Alle Lehrkräfte sowie alle Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen des Wechselmodells in Präsenz unterrichtet werden, werden dann

zweimal wöchentlich getestet. Damit sorgen wir für ein sicheres Unterrichtsgeschehen ab der kommenden Woche in allen Städten und Kreisen mit einer Inzidenz von unter 200.

Dabei gehen wir deutlich über die geplanten Vorgaben des Bundes hinaus. Denn der Bund hat keine flächendeckende Testpflicht. Wir halten sie für die Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen für erforderlich.

Der Bund hat nach dem bisherigen Stand des Gesetzes außerdem bis zur Inzidenz von 200 Präsenzunterricht und erst ab 200 einschränkende Maßnahmen vorgesehen. Wir sagen: Wir bleiben bei unserem bewährten Modell des Wechselunterrichts. Die Schulen haben sich daran gewöhnt. Das ist eingespielt. Und ich weiß aus vielen Rückmeldungen von Lehrerinnen und Lehrern, dass die verpflichtenden Tests ein Stück Sicherheit für den Schulbetrieb zurückbringen.

Trotzdem müssen wir vorsichtig bleiben. Wenn die Zahlen über 200 steigen, werden wir auf Distanzunterricht wechseln

(Nic Peter Vogel [AfD]: Dann testen wir noch ein bisschen mehr! Dann haben wir das!)

und uns darauf konzentrieren, die Schulen und unser Land in dem Spagat zwischen Recht auf Bildung für die Kinder, auf soziale Begegnung für die Kinder und Vorsicht beim Gesundheitsschutz im Konsens mit Verbänden, Eltern, Lehrern, allen, die daran beteiligt sind, möglichst gut durch die Krise zu bringen.

Das Dritte ist das Testen in den Unternehmen. Auch in der Wirtschaft nimmt das Testen weiter an Fahrt auf. Die meisten Unternehmen bieten bereits ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit dazu. Ab Dienstag werden diese Tests durch Bundesverordnung auch in den Unternehmen verpflichtend sein. Viele haben das auch bisher schon gemacht, und zwar mit großer Akribie. Aber das wird jetzt ebenfalls bundesgesetzlich geregelt.

Dann kommt der Teil hinter dieser Brücke. Deshalb muss man auch über den aktuellen Tag hinaus denken. Es geht um die digitale Kontaktnachverfolgung. Minister Pinkwart und andere Kollegen haben hier ein anspruchsvolles System entwickelt. Wir haben den Anspruch, digital ganz vorne zu sein und möglichst auch die vielen Kleinen, die Apps entwickelt haben, zu beteiligen. Deshalb haben wir eine einheitliche IT-Lösung, die die unterschiedlichen Anbieter verbindet.

Sie wissen, manche Länder haben einen festen Vertrag für die Luca-App. Luca-App ist ein beeindruckendes Modell, aber bei uns gibt es auch Kleinere, die das können. Jetzt ist es mit dem IRIS Gateway gelungen, diese Lösungen miteinander zu vernetzen. Das zentrale IRIS Gateway wird als Verbindung zwischen unterschiedlichen Apps der Kontaktnachverfolgung und des Pandemiemanagements Software

nutzen, die die Gesundheitsämter mit SORMAS verknüpfen können.

Das klingt vielleicht für einige extrem kompliziert. Für die Bürgerin und den Bürger heißt das: Es gibt eine App, mit der loggt man sich ein, wenn man in ein Restaurant oder an einen anderen Ort geht, und in dem Moment, wenn jemand positiv getestet wird, kann der Kontakt sofort nachverfolgt werden. Das erleichtert den Gesundheitsämtern die Arbeit und wird viele, viele, die infiziert sind, daran hindern, weitere anzustecken.

Es gibt mehr als 40 Applikationen zur digitalen Kontaktnachverfolgung, die bereits eine IRIS-Kompatibilität haben. Ich finde – ich habe das letztens in einem anderen Zusammenhang gewürdigt gehört, bei anderen Bundesländern –, dass Nordrhein-Westfalen im digitalen Zeitalter gebündelte Kreativität und Schaffenskraft der bundesweiten Entwicklerszene sehr gut abbildet, also nicht nur eine Firma, sondern die ganze Breite an jungen Entwicklern, die gerade während der Pandemie tolle Dinge entwickelt haben, die uns weiterhelfen können, Kontakte nachzuverfolgen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Darauf kommt es jetzt an. Wir brauchen die Brücke in den Sommer, wenn immer mehr Menschen geimpft sind. Wir brauchen jetzt noch mal klare Maßnahmen und Vorsicht bei jedem in dieser kritischen Phase der Pandemie. Danach müssen wir hinein in flächendeckende Tests, in Impfzentren, in Arztpraxen und in die digitale Kontaktnachverfolgung.

Das ist ein System, das über den Tag hinaus geht, das eine Perspektive in den Sommer hinein anbietet. Ich bin sicher, dass, wenn wir uns jetzt noch mal alle anstrengen, wenn wir es jetzt schaffen, die Inzidenzen zu senken, wir es verhindern können, dass mehr Menschen auf den Intensivstationen landen. Dann haben wir die Chance, schneller mit neuen Möglichkeiten in eine verantwortliche Normalität überzugehen. – Vielen Dank und gute Beratungen.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Damit eröffne ich die Aussprache. Als erstem Redner erteile ich für die SPD dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Kutschaty das Wort.

Ich darf darauf hinweisen, dass alle nachfolgenden Rednerinnen und Redner, falls es benötigt wird, ein Zeitbudgetplus von etwa zwölf Minuten haben.

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Entwicklung der letzten Tage ist eindeutig: Der Sieben-Tage-Inzidenzwert liegt

heute bundesweit bei 160, Nordrhein-Westfalen nur knapp darunter. Ein weiterer ausschlaggebender Faktor ist der sogenannte R-Wert. Er liegt heute bei 1,11. Heute Morgen wurden knapp 30.000 Neuinfektionen gemeldet.

Allein in Deutschland sind bis heute fast 80.000 Menschen an Corona gestorben, rund 15.000 davon hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Ich möchte es für all diejenigen, die meinen, die Politik würde völlig übertreiben, wiederholen: 80.000 Menschen haben ihr Leben verloren.

Dazu kommen Spätfolgen. 3 Millionen Menschen in Deutschland sind bereits an Corona erkrankt. Wir wissen heute noch nicht, wie viele davon längerfristig Spätfolgen haben werden.

Neben diesen Zahlen und Fakten ist insbesondere in der Frage der Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft ein Blick auf unser Gesundheitssystem von ganz entscheidender Bedeutung. Die Intensivstationen füllen sich coronabedingt immer wieder. Die Kölner Uniklinik sagte vergangene Woche sogar schon Operationen ab. Ich war heute Morgen bei einem Essener Krankenträger vor Ort. In der Essener Universitätsklinik sind nur noch sieben von 180 Intensivbetten frei. Die landesweite Kapazität freier Intensivplätze ist unter die Grenze von 500 gerutscht.

Professor Werner, der Leiter der Uniklinik Essen, sagt:

„Wir müssen weiter mit aller Entschiedenheit daran arbeiten, die Infektionszahlen zu reduzieren und das Impftempo zu steigern, sonst wirft uns die dritte Welle in den nächsten Wochen um.“

Und: Die Nachfrage nach künstlichen Beatmungsgeräten sei heute größer als das Angebot. – Das macht deutlich, wie ernst die Lage ist.

Gleichzeitig werden die sogenannten Corona-Querdenker immer radikaler, die rechte Szene unterwandert die Coronaproteste systematisch. Unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten werden fast jeden Tag angegriffen, unsere Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher werden bei Wohnungsräumungen bespuckt, angehustet und attackiert, und die Autos der Mitarbeiter von Impfbetrieben werden beschädigt und zerstört.

Ich denke, ich darf im Namen aller in diesem Saal sagen: Wir stehen an der Seite derjenigen, die in diesen schwierigen Zeiten ihren Kopf für uns hinhalten. Wir dulden keine Angriffe auf unsere Bediensteten. Das akzeptieren wir nicht.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Die Stimmung in unserem Land schwankt zwischen Schimpfen und Impfen. Herr Laschet, Sie haben gerade sekundengenau vorgerechnet, wie viele Menschen geimpft werden. Tatsächlich hat es in den

vergangenen Tagen Bewegung und einen Schub gegeben; das ist deutlich. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland im internationalen Vergleich beim Impfen noch weit, weit hinten liegt; sogar hinter Ungarn, San Marino und Serbien, die uns schon abgehängt haben.

Die Nichtverfügbarkeit des Impfstoffs von Johnson & Johnson ist natürlich ein weiterer Rückschlag, der anderweitig kompensiert werden muss. Da muss deutlich mehr passieren. Deswegen brauchen wir viel mehr Impfstoff.

Hier muss Ihnen deutlich widersprechen, Herr Laschet: Auch für alle anderen Impfstoffe wurden Vorverträge gemacht und Bestellungen aufgegeben, bevor es überhaupt Zulassungen gab. Natürlich will ich auch nicht auf Teufel komm raus Sputnik kaufen. Natürlich wollen wir sichere Impfstoffe und Zulassungen haben. Aber selbst Jens Spahn verhandelt doch schon und sagt, dass wir schauen müssen, was wir alles an Impfstoffen bekommen. – Ich sage jetzt nicht, dass Herr Söder schon welchen bestellt habe. Das würde Sie nur reizen und provozieren. Aber auch Jens Spahn hat das erkannt und sagt, dass sie es machen würden.

Haben Sie denn nichts aus dem Impfstoffbestellskandal des vergangenen Jahres gelernt? Warum ist die Europäische Union denn so weit abgeschlagen? Warum haben die USA und Israel viel früher Impfstoff bekommen?

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Weil sie schneller Vorverträge gemacht haben. Deswegen muss man jetzt alle Optionen nutzen. Es geht ums Überleben, es geht um jeden Impfstoff.

(Beifall von der SPD)

Wir werden in diesem Parlament über die richtigen Maßnahmen streiten, und es ist gut und richtig, dass wir als Opposition verlangen, dass das Parlament bei schweren Grundrechtseingriffen stärker beteiligt wird. Ich weiß aber ganz genau, dass in diesem Parlament auch Einigkeit herrscht. Wir demokratischen Fraktionen sind in einem Ziel vereint: Wir haben die Menschen in diesem Land zu schützen. Da wollen wir dasselbe. Es ist unsere Aufgabe, die Menschen in diesem Land zu schützen.

(Zuruf von der CDU)

Wir haben einen Eid auf die Landesverfassung geschworen, und das nehmen wir alle sehr ernst.

Ich muss aber sagen, dass es eine Ausnahme gibt: Die Abgeordneten der AfD beziehe ich ausdrücklich nicht mit ein. Ich habe gesehen, was sie am vergangenen Wochenende auf Ihrem Bundesparteitag alles beschlossen haben.

(Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Sie kämpfen nicht für die Menschen in unserem Land.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Sie leugnen die Gefahren von Corona. Sie ignorieren die 80.000 Toten.

(Christian Loose [AfD]: Sie wollen lieber bespitzeln!)

Schlimmer noch: Sie verhöhnen die Toten und die Kranken dieser Coronakrise. Das ist das Letzte! Mit Ihnen sind wir fertig!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Die Krise hat den Menschen verdammt viel abverlangt – emotional, gesellschaftlich und wirtschaftlich. Deswegen ist es entscheidend und wichtig, dass die Politik die einzige Währung, die sie hat, schützt und bewahrt: das Vertrauen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Das Vertrauen in unsere Politik ist die Voraussetzung dafür,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

dass wir gemeinsam den Kampf gegen diese Pandemie gewinnen können. Wenn die Menschen das Gefühl haben, dass es uns nicht mehr um die Sache geht,

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

sondern um etwas ganz anderes, folgen sie uns nicht mehr.

Dieses Vertrauen – das muss ich leider auch heute feststellen – hat dieser Ministerpräsident in den vergangenen Wochen schwer überstrapaziert. Ich nenne Ihnen ein erstes Beispiel. Am 31. März haben die Ministerpräsidenten aus Bayern und Baden-Württemberg einen Brief an die anderen Regierungschefinnen und Regierungschefs geschrieben und einen Vorschlag dazu unterbreitet, was jetzt zu tun sei:

Erstens. Schnellstmögliches Vorziehen der Ministerpräsidentinnenkonferenz.

Zweitens. Testpflicht für alle Schülerinnen und Schüler.

Drittens. Bundesweit einheitliche Regeln ab einer Inzidenz von 100.

Die Antwort aus Nordrhein-Westfalen ließ nicht lange auf sich warten. Noch am selben Abend hat Armin Laschet im „heute journal“ ein Interview gegeben und diese Vorschläge komplett abgelehnt. Herr Laschet verbat sich Vorschläge aus anderen Bundesländern: Das gehöre sich nicht. – Dann zogen Sie sich zum Nachdenken zurück.

Das ist manchmal gar nicht verkehrt. Aber was ist bei Ihrer Nachdenkpause herausgekommen? – Ein guter Vorschlag:

Erstens. Schnellstmögliches Vorziehen der Ministerpräsidentinnenkonferenz.

Zweitens. Testpflicht für alle Schülerinnen und Schüler.

Drittens. Bundesweit einheitlicher Brücken-Lockdown.

Nach vier Tagen des Nachdenkens ist genau das herausgekommen, was Söder und Kretschmann vor Ostern vorgeschlagen hatten.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das wäre ja nicht schlimm. Sie könnten gut argumentieren, dass Sie Ihre Auffassung nach intensiven Überlegungen korrigiert hätten. Dagegen wäre überhaupt nichts einzuwenden. Es sollte aber unbedingt so aussehen, als wären Sie der erste und einzige, der eine gute Idee auf den Tisch gelegt hätte.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Das ist schlecht, und das schwächt das Vertrauen, das wir unbedingt brauchen.

(Beifall von der SPD)

Ihr Vorschlag vom Ostermontag ist ein einziges Plagiat. Das ist peinlich, das zerstört Vertrauen. Dann braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn die Kanzlerin irgendwann sagt: Jetzt reicht's mir; wir regeln das bundesgesetzlich. – Das ist für uns ein schwerer Schlag. Ich denke, wir sind alle große Anhänger des Föderalismus.

(Zuruf von der CDU: Ach!)

Wir hätten uns sehr gewünscht, dass es möglich gewesen wäre, das Ganze über die MPK zu regeln. Aber die Zerstrittenheit war offensichtlich groß, und deswegen ist jetzt wohl leider diese Bundesbremse nötig.

Nächstes Beispiel: Sie wollen den Brücken-Lockdown. Jetzt muss also noch einmal alles heruntergefahren werden, um durch die Pandemie zu kommen. Das ist der Vorschlag von Ostermontag. Aber schon drei Tage später stellt die Landesregierung ihre Öffnungspläne für Modellkommunen vor. Von einem harten Lockdown sei nie die Rede gewesen. – Das ist schon starker Tobak, Herr Laschet. Sie versprechen den Menschen Perspektiven für Öffnungen und wissen genau, dass Sie die ein paar Tage später wieder einkassieren müssen.

(Beifall von der SPD und Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Das schafft kein Vertrauen, das frustriert die Menschen in unserem Land.

Es ist in den vergangenen Wochen viel darüber spekuliert worden, was dieser Brücken-Lockdown eigentlich ist. Ich habe in Ihrer heutigen Rede auch nicht richtig mitbekommen, was Sie mit dem Brücken-Lockdown jetzt machen wollen. Wo sind die konkreten Vorschläge der Landesregierung? Was hindert Sie daran, jetzt einen Brücken-Lockdown – oder wie auch immer genannten Lockdown – zu machen?

(Beifall von der SPD, Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Verena Schäffer [GRÜNE])

Machen Sie es doch.

Stattdessen stellen Sie sich hier etwas weinerlich hin und sagen, dass Ihr genialer Plan des Brücken-Lockdowns bei den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten keine Unterstützung und Mehrheit gefunden und dass es Gequengel gegeben habe.

Wissen Sie, wo die Mehrheit fehlt für Ihren Brücken-Lockdown? – Hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Sie haben in Ihrer Koalition keine Mehrheit für den Brücken-Lockdown.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Schieben Sie die Schuld nicht auf die SPD-regierten Länder. Sie haben für Ihre Vorschläge schon längst keine Mehrheit mehr in dieser Regierung. Außer Pressekonferenzen gibt es kein Regierungshandeln mehr in Nordrhein-Westfalen. Das ist die Wahrheit.

Wo sind Ihre Maßnahmen, Herr Laschet? Die Intensivstationen in den Großstädten sind voll belegt. Die Anzahl der Infizierten steigt rasant. Wir können und dürfen nicht auf das Bundesgesetz warten. Es ist gut und vernünftig, dass es da jetzt ein Gesetzgebungsverfahren gibt, selbstverständlich auch mit demokratischen Spielregeln. Aber nichts hindert Sie daran, jetzt etwas zu tun.

Ich bin Hubertus Heil sehr dankbar für seine Verordnung zur Regelung am Arbeitsplatz.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Ja, das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Beifall von der SPD)

Es gibt zwei Treiber der Pandemie: Das eine sind private Kontakte und Zusammenkünfte, und das andere ist ein hohes Infektionsrisiko am Arbeitsplatz. Deswegen ist es so wichtig, dass möglichst viele Menschen im Homeoffice arbeiten können, und ich bin der Überzeugung, dass da noch deutlich mehr geht als bisher.

Aber wer seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht ins Homeoffice schickt oder schicken kann, der ist aus unserer Sicht zumindest verpflichtet, sie regelmäßig zu testen. Das dient dem Schutz der Mitarbeiter, aber auch dem Schutz des ganzen Unternehmens. Sie haben hier viel zu lange gezögert. Sie wollten die Unternehmen schützen, aber die Tests sind

auch im Interesse der Unternehmen; die wollen das Virus nicht in ihren Werkshallen haben.

Damit unterstützen Sie Hubertus Heil. Es war eine gute Idee, das endlich auf den Weg zu bringen. Da müssen wir ran, das ist ein wirksames Instrument.

(Beifall von der SPD)

Das nächste Beispiel ist ein durchaus sensibles Beispiel aus den Vorschlägen der Bundesregierung: Ausgangssperren. Sie sagten völlig zu Recht, es sei ein umstrittenes Thema. – Ja, Ausgangssperren sind ein wirklich sehr harter Einschnitt in die Bewegungsfreiheit der Menschen. Ich habe bereits am vergangenen Dienstag darauf hingewiesen, dass diese Ausgangssperren nur das letzte Mittel sein könnten und sollten.

(Zuruf von der CDU und von Sven Werner Tritschler [AfD] – Unruhe – Glocke)

– Ich sag Ihnen gleich etwas dazu.

Ich weiß auch, wie schwierig das rechtlich zu regeln ist. Ich sage Ihnen aber auch: Wir wollen damit nicht dieses berühmte Rentnerehepaar treffen, das nachts um 22:00 Uhr in Nordrhein-Westfalen spazieren geht. Aber ich will Ihnen sagen, was mich verdammt stört in diesen Tagen. Da gibt es zig Millionen Menschen in Deutschland, die seit über einem Jahr darauf verzichten, ihre Familienangehörigen zu besuchen. Das ist bitter.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Selber schuld!)

Die halten sich mit großer Disziplin daran und verzichten auf Besuche. Und dann gibt es auf der anderen Seite eine kleine Gruppe von Menschen, die auf diese Regeln pfeift. Die treffen sich, weil sie bewusste Coronaleugner sind

(Zuruf von der AfD)

oder weil sie grob fahrlässig handeln wollen,

(Zuruf Helmut Seifen [AfD] und Thomas Röckemann [AfD])

nachts zu Partys. Ich möchte nicht ...

(Iris Dworeck-Danielowski [AfD] steht auf und ruft über die am Platz befindliche Acrylglaskabine hinweg etwas zu. – Glocke – Zuruf von der CDU: Setzen Sie sich wieder hin!)

Präsident André Kuper: Frau Kollegin, lassen Sie bitte Herrn Kutschatj ausreden!

(Zuruf von der CDU: Sie will ins Fernsehen kommen! – Christian Dahm [SPD]: Das ist doch unparlamentarisch! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Thomas Kutschaty* (SPD): Vielen Dank. – Da gibt es eine kleine Gruppe von Menschen, die die Gesundheit aller Menschen in Deutschland gefährdet.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen: Auch für diese Menschen werden wir ein Krankenhausbett zur Verfügung stellen. Das ist völlig klar und selbstverständlich. Aber ich bin nicht bereit, länger zu akzeptieren, dass Millionen Menschen ihre Freiheiten einschränken und wenige die Gesundheit aller zerstören. Da muss man etwas machen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und Dr. Günther Bergmann [CDU])

Die Bundesregierung hat dazu einen konkreten Vorschlag gemacht. Ich merke, dieser Vorschlag stößt auf Widerstand, auch in Teilen der CDU und der SPD.

Ich bin froh, wenn der Bundestag dieses Gesetz morgen entwirft. Ich will aber noch eines zur Wirksamkeit ansprechen. Forscher der Universität Oxford und andere Wissenschaftler kommen nach Studien zu dem Ergebnis, dass die nächtliche Ausgangsbeschränkung eine wirksame Maßnahme ist und zu einer Reduktion des R-Wertes um rund 13 % führen wird.

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein!)

Im Vergleich: Die Schließung der Gastronomie führt nach dieser Studie nur zu einer Reduktion des R-Wertes um 12 %. Deswegen ist diese Option ernsthaft im Gesetzgebungsverfahren zu prüfen.

Das ist rechtlich schwierig. Die Gerichte sagen uns gerade, dass auf kommunaler Ebene eine Anordnung von Ausgangssperren wahrscheinlich nicht möglich ist. Deswegen muss der Bundesgesetzgeber sauber abwägen: Ist das Instrument geeignet? Ist es erforderlich? Ist es verhältnismäßig? Die Prüfung läuft jetzt. Ich will ihr gar nicht vorweggreifen, aber ich will nicht sagen, dass man es in Bausch und Bogen nicht machen kann.

Auch unser Ziel ist es, private Feiern zu unterbinden. Die FDP – das habe ich vernommen – lehnt dies rundweg ab.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Ja, wir auch übrigens!)

Das kann man machen, und das ist eine Position, die man sogar gut vertreten kann. Ich habe sogar Verständnis dafür, wenn man diese Position vertritt.

(Henning Höne [FDP]: Das ist aber nett!)

Aber wenn man dagegen ist, dann frage ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Wofür sind Sie denn dann?

(Henning Höne [FDP]: Für das Grundgesetz!)

Ich habe fast den Eindruck, Sie sind hier Opposition. Sie sind immer gegen alle Vorschläge, machen aber keine eigenen Vorschläge, um diese Pandemie endlich in den Griff zu bekommen. Ich erwarte gleich Ihre Vorschläge, Herr Kollege Rasche.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir müssen auch eine weitere Tatsache realisieren. Ja, es wird uns hoffentlich bis zum Ende des Sommers gelingen, alle erwachsenen Menschen in unserem Land zu impfen. Das ist gut. Wir freuen uns darüber, wenn es so weit ist. Aber es gibt eine Gruppe in unserem Land, für die noch keine Impfung in Sicht ist: Das sind die Kinder, das sind junge Menschen, Schülerinnen und Schüler. Da sind wir erst am Anfang der Erprobung und der Testung von Impfstoffen.

Deswegen gilt gerade für diese junge Gruppe ein Gebot: testen, testen, testen. Und ich sage an dieser Stelle auch: Hier hakt es ordentlich bei der Landesregierung. Was wir im Schulbereich in den letzten Tagen leider wieder erleben mussten, war ein komplettes Chaos. – Herr Laschet, ich finde es toll, dass Sie jetzt Ihr bewährtes Modell vom Wechselunterricht präsentieren. Ich nenne nur das Stichwort „Solingen“: Noch vor einigen Wochen haben wir über dieses Thema gestritten.

(Daniel Sieveke [CDU]: Oh!)

Es ist gut, dass der Wechselunterricht kommt. Aber ich frage mich: Was war denn dieses Geholper in der letzten Woche wieder? – Da kam erst gestern die Nachricht, dass die Schulen wieder geöffnet werden. Ihre Begründung, Frau Gebauer – ich habe mir Ihre Pressekonferenz angeguckt –, warum Sie die Schulen jetzt wieder öffnen in Nordrhein-Westfalen ist: Der Inzidenzwert in Nordrhein-Westfalen liegt unter dem Bundesdurchschnitt – um ein, zwei Prozentpunkte.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Das ist überhaupt nicht wahr, Herr Kutschaty!)

Das kann doch nicht die Begründung sein, die Schulen tatsächlich wieder zu öffnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann haben Sie gesagt: Es gab ein diffuses Infektionsgeschehen. – Frau Gebauer, veräppeln Sie uns doch nicht! Es gab kein diffuses Infektionsgeschehen, sondern es gibt ein diffuses Testgeschehen in Ihrem Ministerium. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall von der SPD)

Da stehe ich doch an Ihrer Seite: Sie haben versprochen, dass alle Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, wenn sie wieder in den Wechselunterricht gehen sollen, zweimal pro Woche getestet werden. Das bedeutet, dass wir gut 5,5 Millionen Tests pro Woche brauchen. Aber Sie haben die

Osterferien nicht dazu genutzt, die entsprechenden Testkapazitäten vorzusehen.

Aus dem Bericht des Innenministeriums wissen wir, dass erst Anfang Mai die nötigen Kapazitäten vorhanden sein werden. Und die Tests, die Sie bestellt haben, sind noch nicht mal praktikabel für Kinder. Da muss man Bausätze machen. Aber wir kennen ja die Bausätze, die Sie an die Erzieherinnen und Erzieher schon geschickt haben.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nein, so kann man den Schulunterricht nicht wieder beginnen.

(Beifall von der SPD)

Dabei ist Schule so wichtig. Ich habe den Eindruck, die Schulen fürchten schon wieder Ihre nächste Schulmail. Für mich ist „SchulMail“ das Unwort des Jahres hier in Nordrhein-Westfalen. Wann kommen die entsprechenden Informationen? Wann wissen Eltern, Lehrerinnen und Lehrer Bescheid, wie es jetzt weitergeht? Wie läuft das mit dem Testen tatsächlich?

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Sorgen Sie für kindgerechte Tests. Machen Sie bitte nicht morgens den unkontrollierten Stuhlkreis in der Schule, wo Lehrerinnen und Lehrer erst die Testsets zusammenstellen müssen und dann im Stuhlkreis getestet wird. Ich mag mir gar nicht vorzustellen, was dabei bei einem positiven Ergebnis herauskommt. Sorgen Sie dafür, dass auch zu Hause getestet werden kann. Das ist das, was Sie jetzt machen sollten.

Ich sage noch einmal deutlich: Ich kritisiere nicht, dass Sie den Wechselunterricht jetzt wieder aufgenommen haben. Das ist gut. Aber ich kritisiere ausdrücklich die mangelhafte Vorbereitung. So geht das nicht.

(Beifall von der SPD)

– Als ob es das erstmal wäre. Es ist leider nicht das erste Mal.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen jetzt dringend etwas tun. Wir müssen jetzt handeln. Wir müssen Leben retten, Kinder schützen und Vertrauen in die Politik wiederherstellen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das große Nichts! – Christof Rasche [FDP]: Eine absolute Null!)

Herr Laschet, ich sage auch: Sie haben die Möglichkeit, zu handeln und nicht nur zu reden. Wer Kanzler werden will, der muss auch beweisen, dass er das Zeug dafür hat. Tun Sie das. Handeln Sie jetzt endlich. Hier und heute ist die Gelegenheit dafür. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kutschaty. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Löttgen.

Bodo Löttgen^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bekämpfung dieser COVID-19-Pandemie wird nur erfolgreich sein, wenn wir die Summe aller Erfahrungen der letzten 14 Monate in unsere Lösungen mit einbeziehen. Dies gilt auch und insbesondere, wenn wir uns wie jetzt in einer Situation befinden, die erneut einige vielleicht sogar grundlegend geänderte Aspekte aufweist.

Die Zahl der Menschen, die in unseren Intensivstationen um ihr Leben kämpfen, steigt dramatisch. Die Anzahl der intensivmedizinisch behandelten Fälle in Nordrhein-Westfalen hat sich seit dem 17. März von 551 auf heute 975 annähernd verdoppelt. Der Höchststand vom 3. Januar mit 1.167 behandelten Personen wird vermutlich erreicht und überschritten werden. 241 Plätze zur invasiven Beatmung sind noch frei.

Vollkommen unabhängig von den einzelnen, teilweise höchst unterschiedlichen Maßnahmen der Länder – übrigens auch vollkommen unabhängig davon, ob in diesen Ländern Ausgangsbeschränkungen gegolten haben oder noch gelten – verläuft diese Entwicklung, wie die Darstellung im DIVI-Intensivregister zeigt, in nahezu allen Bundesländern exakt gleich.

Es stellt sich die Frage: Was hat sich geändert? Warum ist die Lage erneut dramatisch?

Während an den Tagen nach Weihnachten positiv getestete Menschen im Schnitt 49 Jahre alt waren, sind sie derzeit nur noch 39 Jahre alt. Obwohl – übrigens trotz Ankündigung des RKI Ende März – keine konkreten Zahlen zum Alter der Intensivpatienten vorliegen, ist daher die Annahme berechtigt, dass der Altersdurchschnitt auch auf den Intensivstationen derzeit sinkt.

Die Aufenthaltsdauer dieser jüngeren Patienten ist aber erheblich länger, und die dadurch gebundene Personalkapazität ist erheblich größer. Nicht die Anzahl der zur Verfügung stehenden Betten und nicht die Anzahl von ECMO genannten Lungenersatzgeräten ist derzeit das Hauptproblem, sondern die Anzahl zur Verfügung stehender hoch spezialisierter Intensivpflegerinnen und Intensivpfleger, die beatmete Patientinnen und Patienten nun einmal eins zu eins betreuen müssen. Die Ressource Mensch beim Fachpersonal auf Intensivstationen ist nicht nur bereits heute enormen Belastungen ausgesetzt; sie ist auch endlich. Genau diese Tatsache löst jetzt Handlungsnotwendigkeit aus.

Nein, es gibt ihn leider nicht, diesen Knopf zum Ausstellen der Pandemie. Die Pandemie ist mit Blick auf

die Wirkung von Maßnahmen ein Supertanker. Von „voll voraus“ bis zum Stillstand braucht es bei einem solchen Schiff 6 km. Analog dazu brauchen Maßnahmen, die heute zur Bekämpfung der Pandemie getroffen werden, bis zur spürbaren Wirkung in den Krankenhäusern mindestens zwei Wochen.

Genau das steht im Gegensatz zur Erwartungshaltung in der Bevölkerung. Das macht es für die verantwortlich Handelnden mit Blick auf die Akzeptanz der Maßnahmen so schwierig.

Dass aber selbst Abgeordnete dieses Hauses diese Mechanik nicht verstehen – besser gesagt: nicht verstehen wollen –, ist geradezu absurd. Wenn der schulpolitische Sprecher der SPD, Jochen Ott, in seiner Pressemeldung gestern davon spricht, dass die Auswirkungen des Distanzunterrichts auf das Infektionsgeschehen gleich null seien, dann offenbart das, lieber Herr Ott, wirklich dramatische Wissenslücken. Die Auswirkungen des am 12. April gestarteten Distanzunterrichts auf das Infektionsgeschehen werden wir erst nach frühestens sechs Tagen – sprich: in der kommenden Woche – kennen.

Ich will aber über die vom Ministerpräsidenten nachdrücklich vorgetragene Strategie hinaus nur erneut auf einen weiteren Aspekt hinweisen. Insbesondere in der Altersgruppe der 20- bis 60-Jährigen steigt die Sieben-Tage-Inzidenz seit dem 8. März stetig an – von 67 damals auf knapp 160 am heutigen Tag –, und zwar vollkommen unbeeindruckt von den 14 Tagen Osterferien zwischen dem 29. März und dem 10. April. In dieser Zeit hatten wir keine Schule, wenig Bewegung und wenig Menschen am Arbeitsplatz – und trotzdem stetig steigende Zahlen.

Zusammen mit den Ergebnissen der Mobilitätsforschung, dass die Mobilität in den letzten Märzwochen 2020 gegenüber 2019 um 39 % abgenommen hat und in der letzten Märzwoche 2021 nur noch um 10 % geringer als dieser Vergleichswert lag, und zusammen mit den Hinweisen der Wissenschaftler der Technischen Universität Berlin vom 19. März, die ich bereits in meiner Rede am 24. März ausführlich geschildert habe, dass Infektionen praktisch nur in den Bereichen „eigener Haushalt“, „private Besuche“, „Arbeit“ und „Schulen“ stattfinden, lässt das nur einen einzigen Schluss zu: Treiber dieser Entwicklung sind private Treffen, die ungeschützt in Innenräumen stattfinden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will deshalb nur einmal vortragen, welche Schlussfolgerungen die Wissenschaftler daraus ziehen, weil es von überragender Bedeutung für die Beurteilung und die Wirksamkeit von zukünftig zu treffenden Maßnahmen ist.

Es muss dringend kommuniziert werden, dass im Hinblick auf B.1.1.7 – also die britische Virusmutation – jeglicher ungeschützte Kontakt außerhalb des

eigenen Haushalts in Innenräumen nicht mehr akzeptabel ist. Würde jede und jeder von uns bei privaten Treffen im Innenbereich eine FFP2-Maske tragen, würde sich der Beitrag dieser Treffen zum R-Wert von 0,6 auf 0,03 reduzieren.

Was heißt das vor dem Hintergrund deutlich wachsender Coronamüdigkeit und augenscheinlich sinkender Akzeptanz für notwendige Maßnahmen in der Bevölkerung mit Blick auf die bevorstehende Entscheidung über den sogenannten Bundes-Lockdown? Ich möchte zwei Punkte nennen.

Erstens. Die vorher angesprochene Summe der Erfahrungen zu nutzen, bedeutet auch, Gesetze, die erhebliche Grundrechtseingriffe mit sich bringen, so sorgfältig wie möglich und unter Einbeziehung aller derzeitigen Erkenntnisse zu formulieren. Wir im Landtag Nordrhein-Westfalen haben die Erfahrung gemacht, dass sich Sorgfalt bei einer solchen Gesetzgebung lohnt.

Umso unverständlicher ist es, wenn Vizekanzler Olaf Scholz gestern in der „Bild“-Zeitung davon spricht, er habe jetzt keine Lust auf eine „Notbremse“-Debatte – übrigens eine Debatte, die wir hier und heute auch auf Antrag der SPD führen, ob Herr Scholz Lust dazu hat oder nicht, und zwar vollkommen zu Recht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

In der vorliegenden Begründung des sogenannten Vierten Bevölkerungsschutzgesetzes heißt es – Zitat –:

„Es handelt sich um ein diffuses Geschehen, so dass oft keine konkrete Infektionsquelle ermittelt werden kann und von einer anhaltenden Zirkulation in der Bevölkerung auszugehen ist.“

Sosehr uns auch die notwendige Reduzierung des Infektionsgeschehens auf den Nägeln brennt, sosehr wir uns auch bemühen, den stetig wachsenden Erkenntnissen der Wissenschaft Folge zu leisten, so bedarf es am Ende als Parlament, als Gesetz- und Verordnungsgeber der Beachtung einer weiteren Wissenschaft: der Rechtswissenschaft.

Daher hier noch einmal einige Sätze des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs aus dem Beschluss vom 29. Januar, weil er genau zu diesem diffusen Infektionsgeschehen, das der Gesetzentwurf beschreibt, passt. Zitat:

„Unsicherheiten über die Ursachen der Ausbreitung des Coronavirus dürfen nicht ohne Weiteres ‚im Zweifel‘ zu Lasten der Freiheits- und Teilhabeberechte aufgelöst werden. Die Zumutung konkreter Einschränkungen bedarf umso mehr der grundrechtssensiblen Rechtfertigung, je unklarer der Beitrag der untersagten Tätigkeit zur Verbreitung des Coronavirus ist und je länger diese Einschränkung dauert. Gerade auf unsicherer Tatsachengrundlage darf der Verordnungsgeber sich nicht stets für das vermeintlich wirksamste Mittel

entscheiden, sondern muss auch geringfügig weniger wirksame, aber erheblich schonendere Maßnahmen prüfen und erkennbar in seine Abwägung einbeziehen.“

Ich bin mir nicht sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob das bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Bundestag schon angekommen ist. Es ist ja nicht mal dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Kutschaty geläufig, geschweige denn wichtig.

Da hilft auch Ihre Relativierung, die Sie heute vorgenommen haben, nur wenig. Da hilft auch wenig, jetzt zu behaupten, man wolle doch einer Prüfung beispielsweise der Ausgangssperre nicht vorgreifen. Die Äußerungen des ehemaligen Justizministers im WDR-Interview sind nicht nur bedenklich; sie sind auch gefährlich.

(Vereinzelt Beifall von der CDU, der FDP und Sven Werner Tritschler [AfD])

Es ist, so sagte er vor zwei Tagen, nicht unser Ziel,

„in private Wohnungen zu gucken, aber auf dem Weg dahin kann ich Menschen erwischen, und ich glaube, es ist schon eine Hürde für ganz viele Menschen, zu sagen: Wenn ich draußen jetzt noch rumlaufe und erwischt werde, muss ich 500 Euro Strafe zahlen. Ich lasse das lieber.“

Da stellen sich mir und vielen Menschen im Land Fragen, Herr Kutschaty: Welches Menschenbild haben Sie und die SPD denn eigentlich? Sie, Herr Kutschaty, führen sich da in diesem Interview auf, als seien Sie der Erziehungsberechtigte aller Einwohner hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU, der FDP, Herbert Strotebeck [AfD] und Sven Werner Tritschler [AfD])

Sie und die SPD trauen den Menschen im Land nicht mehr. Eigenverantwortung ist für Sie ein Fremdwort.

(Markus Wagner [AfD]: Das ist doch nichts Neues!)

Schlimmer noch: Die SPD in Nordrhein-Westfalen nimmt ja gar nicht wahr, dass ihre eigene Bundestagsfraktion erhebliche Bedenken gegen die flächendeckende Ausgangsbeschränkung ab einer Inzidenz über 100 hat. Die SPD-Bundestagsfraktion teilt im Übrigen mit ihrer Meinung die Auffassung dieser Landesregierung, die schon immer gegen eine Pauschalisierung dieser Maßnahme war.

Gefährlich, sehr geehrter Herr Kutschaty, ist Ihre Aussage, weil sie die Akzeptanz einer Ausgangsbeschränkung massiv untergräbt, wenn sie als letztes Mittel, nach Ausschöpfung aller anderen Maßnahmen, im Ausnahmefall angeordnet wird. So darf man nicht reden. Das ist verantwortungslos.

Aber es wird ja noch schlimmer. Die SPD erzeugt und verstärkt mit dieser Wortmeldung die völlig

falsche und wissenschaftswidrige Annahme, es sei gefährlich, sich draußen aufzuhalten.

Der Aerosolforscher Gerhard Scheuch, Ex-Präsident der Internationalen Gesellschaft für Aerosolforschung, hat noch gestern im „Morgenecho“ des WDR 5 vor genau dieser Schlussfolgerung gewarnt. Er hat das Gegenteil von dem gesagt, was Sie behauptet haben.

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist nicht das Gegenteil!

Zitat:

„Wenn wir Ausgangssperren verhängen, dann suggerieren wir der Bevölkerung: Achtung! Draußen ist es gefährlich. Aber genau das Gegenteil ist der Fall.“

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang, auch, weil Sie

(Bodo Löttgen [CDU] weist auf die SPD-Fraktion.)

es angesprochen haben, noch einmal ein paar Sätze zum Thema „Wechselunterricht und Testpflicht an Schulen“: Für 80 % der Menschen in unserem Land ist die Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts an unseren Schulen eine sehr wichtige oder wichtige Aufgabe für die Landespolitik. In der Gruppe der Alleinerziehenden mit Kindern sind es sogar 90 %. Das hat Infratest dimap im Auftrag der CDU-Landtagsfraktion Ende März ermittelt. Aus dem schon angesprochenen Modus-Bericht der TU Berlin an die Bundesregierung vom 19. März wissen wir,

(Zurufe von der SPD)

dass Unterricht in den Schulen ohne jegliche Schutzmaßnahme, also ohne Maskenpflicht und ohne Wechselunterricht, einen Beitrag von 0,3 zum R-Wert hätte.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Mit FFP2-Maskenpflicht während des Unterrichts und mit Wechselunterricht alleine sinkt dieser Beitrag zum R-Wert bereits auf 0,02.

Eine zusätzliche Testpflicht zweimal in der Woche, wie wir sie jetzt einführen, ist nach Auffassung der Wissenschaftler ein stark infektionsreduzierender Effekt.

Unter Beachtung all dieser Schutzmaßnahmen geht diese Landesregierung, geht diese Landeschulministerin Yvonne Gebauer, in hohem Maße verantwortungsbewusst mit dem Recht auf Bildung unserer Schülerinnen und Schüler und dem Anspruch auf bestmöglichen Infektionsschutz in unseren Schulen um; denn sie ist sich im Gegensatz zu Ihnen von der Opposition bewusst, welche hohen Hürden der Verfas-

sungsgerichtshof für eine Untersagung des Präsenzunterrichts aufgestellt hat. Ich will daraus noch mal zitieren – gleicher Beschluss vom 29. Januar –:

„In Bezug auf die Untersagung von Präsenzunterricht muss der Ordnungsgeber dabei auch im Blick behalten, dass damit hohe Belastungen im sensiblen Bereich der schulischen Bildung und der kindlichen und jugendlichen Entwicklung der Betroffenen einhergehen, die – namentlich für jüngere Schülerinnen und Schüler – auch durch Distanzunterricht allenfalls unvollständig und nicht ohne soziale Verwerfungen kompensiert werden können.“

Wenn Sie einen Grund für die Rückkehr zum Wechselunterricht suchen: Da ist er, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit Blick auf den Alarmismus, den die schulpolitischen Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen und SPD, Sigrid Beer und Jochen Ott, ohne jegliche Rücksicht auf die Folgeschäden ihrer unausgegorenen Wortmeldungen jetzt in Sachen „Testpflicht an Schulen“ verbreiten, auch noch ein Wort: Frau Beer, sehr geehrter Herr Ott, Sie sollten sich mit einem Tässchen Kamillentee bewaffnet zusammensetzen und gemeinsam die Wortmeldung des Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, zum Thema „Testpflicht“ studieren. Ich zitiere mal ein paar wenige Passagen aus einem Interview mit dem „Focus“ von gestern in Bezug auf das Testen in Schulen:

„Wir sollen unsere Kinder auch nicht für dümmere halten als sie sind. Natürlich braucht das gerade bei den Jüngeren anfangs mehr Zeit. Und es bedeutet einen erheblichen Zusatzaufwand für die Lehrkräfte. Aber es ist eben in diesem Fall unsere pädagogische Aufgabe, den Kindern Hilfestellung zu leisten.“

Das nenne ich mal Verantwortung, die da deutlich wird.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

In Bezug auf den Ort der Testung – Herr Kutschaty, Sie haben ja eben auch gefordert: lieber zu Hause – sagt Herr Meidinger:

„Allerdings sind sich die meisten auch in dem Punkt einig: Wenn die Eltern die Testung übernehmen sollen, müssen wir damit rechnen, dass zwischen 10 und 50 % der Kinder nicht getestet werden. Wir haben ja allein schon 20 % der Kinder, die ohne Frühstück zur Schule geschickt werden. Weil die Eltern eben morgens nicht greifbar sind.“

Klar, meine Damen und Herren: Wenn man zum ersten Mal in der Geschichte des Landes mit der Herausforderung konfrontiert wird, wöchentlich 5,5 Millionen

Tests an unsere Schulen zu bringen – das ist etwas, das es noch nie gegeben hat, das noch nie jemand organisieren musste –, dann kommt es zu Verzögerungen und Friktionen, ja, auch zu Fehlern, die man sich selbst eingestehen muss.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

– Sehr geehrter Herr Ott, sehr geehrte Frau Beer und sehr geehrter Herr Kutschaty, atmen Sie mal beim Vermehren der aus diesem Interview gewonnenen neuen Erkenntnisse durch und überlegen Sie sich noch einmal, ob und wann Sie beim letzten Mal einer solchen Herausforderung gegenüberstanden und ob Sie da alles richtig gemacht haben. Dann kommen Sie wie ganz von selbst darauf, was an Ihrer Kritik noch übrig bleibt – ich kann Ihnen helfen –: nichts.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verantwortlich zu handeln heißt, die Summe aller Erfahrungen der letzten 14 Monate in Lösungen mit einzubeziehen. Ministerpräsident Armin Laschet ist dieser Verantwortung mit seinem Vorschlag eines Brücken-Lockdowns am 5. April gerecht geworden. Während Sie sich über diesen Vorschlag lustig gemacht haben, hat er die Gespräche mit Intensivmedizinerinnen gesucht.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Während er auf rasches und einvernehmliches Handeln aller Bundesländer drängte, widersprachen und zögerten die SPD-geführten Länder.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

– Warum haben Sie denn dann nicht zugestimmt, wenn Sie angeblich vorher den Vorschlag gemacht haben?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen setzt bereits jetzt die beschlossene Notbremse eins zu eins um –

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

teils mit aus unserer Sicht notwendigen Verschärfungen gegenüber dem nun vorliegenden Gesetzentwurf.

Der Impf-Turbo ist eingeschaltet. Gestern gab es 163.165 Impfungen. Der Wert lag damit erstmals über der Marke von 150.000. Nordrhein-Westfalen ist mit einer Impfquote von 18,4 % – ganz aktueller Stand – mittlerweile auf dem vierten Platz bundesweit. Der Bund hat nur eine Quote von 17,8 %. Hinter Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein sind wir das Bundesland, das ohne jede Zusatzlieferung, wie sie nach Bayern und nach Rheinland-Pfalz gegangen sind, die höchste Impfquote aller Flächenländer hat. Das, lieber Karl-Josef Laumann, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung, ist ein Erfolg, den es jetzt auszubauen gilt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Mit gezielten Maßnahmen wirksam schützen, Testen mit Anreiz und weiteren Anstrengungen beim Impfen wird es uns gelingen, die Pandemie zu besiegen. Würden alle Bürgerinnen und Bürger sich noch ein einziges Mal an die eigene Nase fassen und auch bei privaten Treffen eine Maske tragen, würde es uns erheblich schneller und besser gelingen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben gerade schon von der dramatischen Lage gehört. Das RKI meldet heute fast 30.000 Neuinfektionen an einem Tag und eine deutschlandweite Inzidenz von 160. Nein, es ist kein Erfolg, wenn Nordrhein-Westfalen mit aktuell 158,6 knapp darunter liegt.

Stand gestern waren in Deutschland 88 % der Betten auf Intensivstationen belegt. Allein in Nordrhein-Westfalen müssen derzeit 982 Personen, die an COVID-19 erkrankt sind, intensivmedizinisch behandelt werden.

Das ist das medizinische Drama der aktuellen Situation, das zum schnellen Handeln zwingt. Seit Tagen schlagen Intensivmediziner Alarm, das System sei längst an der Belastungsgrenze. Gestern warnte der Intensivmediziner Professor Michael Hallek von der Uniklinik Köln, dass wir möglicherweise nicht mehr lange Zeit haben, bis das System derart an der Belastungsgrenze ist, dass wir an dieser Stelle auch über Triage reden.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das wird nicht kommen!)

Das muss uns sehr dringend zum Handeln mahnen.

Auch der Leiter des Intensivbettenregisters hat doch angemahnt, dass wir jetzt nicht weiter debattieren, sondern konkret handeln müssen, damit diese Überlastung vermieden werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die medizinische Situation ist dramatisch. Es muss jetzt gehandelt werden. Sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung, Sie haben die Instrumente in der Hand, Sie müssen sie nur endlich auch anwenden.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Christof Rasche [FDP]: Welche denn?)

Ich habe ja vernommen, dass der Ministerpräsident den Ernst der Lage erkannt und Handeln angemahnt hat. Aber die nötigen Konsequenzen werden doch nach wie vor in Nordrhein-Westfalen nicht gezogen. Das ist das Problem, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nach einem Jahr Pandemie sind die alltäglichen Belastungen der Menschen hoch, die Sorge um die eigene Gesundheit, um die Gesundheit eines nahestehenden Menschen. Es sind Existenzängste. Es sind die Ängste um den Job. Es ist die Frage von Einsamkeit, die für viele Menschen eine schwere Belastung ist.

Wir sehen auch eine Zunahme an psychischen Belastungen und Erkrankungen. Soziale Ungleichheiten verstärken sich immer deutlicher. Auch das muss uns zu schnellerem, konsequentem, aber vor allem auch verlässlichem Handeln führen. Denn Verlässlichkeit und Vertrauen sind doch nach wie vor mit die wichtigsten Instrumente in dieser Pandemiebekämpfung.

Wir müssen feststellen, dass wir nicht nur mitten in der dritten Welle sind, wir sind vor allem auch in einer der kritischsten Phasen mit Blick auf die medizinische Situation dieser Pandemiebekämpfung. Deshalb braucht es jetzt noch mal einen weiteren gemeinsamen Kraftakt. Aber der kann nur gelingen, wenn es Politik gelingt, Solidarität und Vertrauen hochzuhalten, wo mitunter die Kraft zum Durchhalten bei vielen schwindet.

Sehr geehrte Damen und Herren, was wir in den letzten Wochen erleben mussten, war kein Ausweis einer durchdachten oder gar verlässlichen Politik, und es hat noch weniger das Vertrauen und das Durchhaltevermögen der Menschen in diesem Land gestärkt.

Wir haben nach der MPK am 3. März – ich kann mich noch sehr gut daran erinnern – sehr deutlich kritisiert und darauf hingewiesen, dass die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin zu diesem Zeitpunkt eine falsche Richtung eingeschlagen hat. Mitten in die dritte Welle hinein und in einer sich absehbar zuspitzenden Lage hat man damals Öffnungsschritte verkündet. Wie sich zeigt: eine schwerwiegende Fehlentscheidung und Fehleinschätzung der MPK zu dieser Zeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als dann tatsächlich eintrat, was Expertinnen und Experten vorausgesagt hatten, da hatte die Runde der Ministerpräsidentinnen dann nicht mehr die Kraft und vielleicht auch nicht mehr den Willen für eine klare Kurskorrektur.

(Christof Rasche [FDP]: Welche denn?)

Allerdings hat diese Landesregierung nicht einmal mehr die Kraft oder vielleicht auch nicht den Willen, das umzusetzen, was Ministerpräsident Laschet in dieser Runde selbst mitbeschlossen hat. Denn anstatt die Beschlüsse der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten umzusetzen, wurden sie in Nordrhein-Westfalen doch bis zur Unkenntlichkeit aufgeweicht, Herr Kollege Rasche.

(Christof Rasche [FDP]: Völliger Unsinn!)

Dazu hat übrigens Ihre Fraktion einen gehörigen Beitrag geleistet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Statt eines landesweiten Lockdowns bei einer wöchentlichen Inzidenz von 100 – wir gehen gerade auf eine Inzidenz von 200 zu –, hat diese Landesregierung die Notbremse

(Christof Rasche [FDP]: Angstmacher, Panikmacher!)

doch durch die Freitestoption fahrlässig verwässert.

Herr Kollege Rasche, dass Sie angesichts der Zahlen, die ich gerade genannt habe, der Belegung der Intensivstationen, der drohenden Überlastung des Gesundheitssystems, einer Inzidenz, die auf 200 zumaschiert, von Panikmache sprechen, ist eine unverantwortliche Verharmlosung. Das will ich Ihnen sehr deutlich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN – Christof Rasche [FDP]: Ihre Argumente sind Panikmache!)

Wir brauchen endlich eine klare Strategie in der Pandemiebekämpfung. Nach dem, was Sie gerade gesagt habe, habe ich wirklich das Vertrauen darin verloren, dass Sie als FDP dazu noch einen wirklichen Beitrag werden leisten können.

(Beifall von der FDP)

Zickzackkurs und die Politik der Ankündigung dieser Landesregierung, müssen endlich einer vorausschauenden und planenden Politik weichen. Die Politik des Fahrens auf Sicht, die Ministerpräsident Laschet immer für sich in Anspruch nimmt, ist gescheitert.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sie dürfen sich auch nicht weiter hinter den Diskussionen um ein Bundesinfektionsschutzgesetz verstecken. Das sind doch alles Nebelkerzen. Es ist nicht die Zeit für Untätigkeit. Passen Sie doch endlich die Landesverordnung an. Ziehen Sie die landesweite Notbremse und beenden Sie dieses Freitesten.

Ich hätte es gerne dem Ministerpräsidenten persönlich gesagt:

(Ministerpräsident Armin Laschet sitzt nicht auf seinem Platz.)

Es ist doch absurd, wenn wir sagen, die Leute sollten aus dem Homeoffice kommen, um in den vollen Fußgängerzonen einen Test zu machen. – Das ist doch völlig absurd.

(Beifall von der FDP)

Klar ist aber doch auch, dass eine sogenannte Bundes-Notbremse die Landesregierung nicht aus der Verantwortung entlässt, innerhalb der ganzen Landesregierung eine abgestimmte Strategie vorzulegen. Die Flickschusterei, die wir hier seit Monaten beobachten, muss ein Ende haben. Denn während der Ministerpräsident erklärt, Modellprojekte müssten bis zum Ende seines Brücken-Lockdowns – was auch immer der sein mag – verschoben werden, verkündete gleichzeitig der Wirtschaftsminister munter den Start erster Kommunen zum 19.04. für die Modellprojekte. Auch das ist im Übrigen ein völlig falsches Signal in der aktuellen Situation.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Die Zahlen steigen überall im Land rasant an. Das sehen auch die Kommunen sehr deutlich. Deswegen haben einige von ihnen ihrerseits die Notbremse bei den Modellprojekten gezogen und ihrerseits gesagt: Unter diesen Bedingungen werden wir nicht starten. Das ist aus unserer Sicht nicht verantwortbar. – Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie an dieser Stelle nachzieht und insgesamt die Modellprojekte aussetzt, bis wir bei einer niedrigeren Inzidenz sind.

Ich erwarte auch von Ihnen, Herr Wirtschaftsminister, dass Sie die Zeit nutzen,

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

um vernünftig mit den Kommunen und der Wissenschaft gemeinsam die Rahmenbedingungen vorzubereiten. Ihre Vorschläge wirkten doch sehr nach Windhundprinzip.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Ich schlage Ihnen vor: Machen Sie das mit den Kommunen und der Wissenschaft gemeinsam. Es nützt doch nur dann etwas, wenn es auch vernünftige Ergebnisse gibt, die ausweitbar sind.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Henning Rehbaum [CDU]: Die Wissenschaft ist schon im Boot!)

Es zeigt sich hier einmal mehr, dass die Kommunen offensichtlich weitsichtiger agieren als diese Landesregierung. Das ist eine Feststellung, die wir leider nicht zum ersten Mal machen müssen. Umso mehr verwundert es doch, dass die Landesregierung die Kommunen nicht endlich strategisch einbindet. Die Kommunen sind nicht das Ausführungsorgan für die chaotische Krisenpolitik dieser Landesregierung. Vor Ort wird täglich angesichts aller Widrigkeiten ver-

sucht, den Laden am Laufen zu halten. Ja, der Ministerpräsident hat vorhin das große Engagement der Kommunen gewürdigt. Aber wir mussten doch allzu häufig feststellen, dass er die Kommunen dabei nicht unterstützt.

(Beifall von den GRÜNEN, Christian Dahm [SPD] und Sarah Philipp [SPD])

Machen Sie sich doch die Erfahrungen endlich zunutze. Berufen Sie einen Gipfel mit den Kommunen ein. Aktivieren Sie doch endlich den Krisenstab des Landes. Professionalisieren Sie endlich die Kooperation und die Kommunikation mit den Kommunen.

Herr Minister Stamp, ich habe heute Morgen in WDR 5 interessiert gehört, dass auch Sie jetzt auf die Idee gekommen sind, einen Krisenstab zu machen. Das finde ich ganz bemerkenswert. Diesen Krisenstab muss man nicht fordern. Das müssen Sie nicht im Radio fordern, das müssen Sie auch nicht hier fordern. Den können Sie als Landesregierung einfach aktivieren. Das können Sie einfach machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Den haben wir!)

Vielleicht hat Herr de Maizière – Sie haben ja gesagt, Sie haben mit Herrn de Maizière ein interessantes Gespräch geführt – Ihnen ...

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Sie haben das Interview gar nicht gehört!)

– Natürlich habe ich das Interview gehört.

... diesen Tipp ja auch gegeben. Denn sonst war das nur Namedropping, was Sie da gemacht haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, gestern hat die Schulministerin die Rückkehr in den Wechselunterricht verkündet. Am letzten Donnerstag noch hatte die Ministerin alle Schulen kurzfristig in den Distanzunterricht geschickt, was übrigens große Freude in puncto Planbarkeit hervorgerufen hat. Dies sei aufgrund des als unsicher einzuschätzenden Infektionsgeschehens nötig gewesen, erklärte die Ministerin gestern in ihrer Pressekonferenz.

Frau Ministerin, in der Tat haben Sie recht. Heute sehen wir klarer, was das Infektionsgeschehen angeht. Die Inzidenz liegt heute auf einem neuen Jahreshöchstwert. In den vergangenen Tagen hat es einen sprunghaften Anstieg der Zahlen gegeben. Zehn Kommunen liegen heute schon bei über 200. Auch hier ist die Tendenz eindeutig: Sie ist steigend.

Doch was tun Sie? – Nach Ihrer Woche der Vorsicht kommen nun ganz offensichtlich die Tage der Fahrlässigkeit. Die Entwicklung ist doch absolut absehbar. Sie müssen für Verlässlichkeit sorgen. Das ist

es, was die Leute von Ihnen erwarten, das ist es, was die Schülerinnen und Schüler von Ihnen erwarten, anstatt alle an Schule Beteiligten mit Ihrem hektischen Hin und Her immer wieder zu verunsichern und damit auch zu zermürben.

Wo ist die Strategie, die allseits gefordert wird? Wie soll dieses Schuljahr unter Coronabedingungen zu Ende geführt werden? Wo ist die ganzheitliche Strategie? Alle sitzen einmal die Woche gebannt vor den Fernsehern und warten darauf, dass die wöchentliche Pressekonferenz mit der Ministerin beginnt und angesagt wird, was in der nächsten Woche passiert. Das ist keine Strategie, Frau Ministerin.

Es braucht jetzt eine Strategie,

(Zuruf von der FDP)

die deutlich macht, wie die Schülerinnen und Schüler in einer sie belastenden Situation unterstützt und entlastet werden sollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben einmal mehr Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Die Test- und Impfstrategie für Schulen ist weiter unzureichend. Anderes zu behaupten, ist schlicht Realitätsverweigerung.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wer das Bekenntnis ernst meint, dass Kinder und Jugendliche in der Pandemie Priorität haben sollten, muss das auch mit etwas hinterlegen, ansonsten ist es eine reine Luftnummer.

In der vergangenen Woche gab es „Click & Meet“ statt Präsenzunterricht. Um diese Ungerechtigkeit aufzulösen, soll nun einfach der Präsenzunterricht hinzukommen. Das ist schlicht unverantwortlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer mehr Freiräume, Präsenz und Begegnungen für Kinder und Jugendliche ermöglichen will, muss dafür sorgen, dass zunächst die Zahlen drastisch reduziert werden. Anders ist das nicht verantwortbar, und anders ist das nicht vertretbar.

Dafür brauchen wir einen Beitrag aller Bereiche, und dazu gehört auch die Arbeitswelt. Ich bin froh, dass mittlerweile offensichtlich alle zu der Einsicht gekommen sind, dass wir nicht nur Schulen und Kitas regulieren können und über den privaten Bereich reden müssen. Vielmehr geht es auch um die Arbeitswelt, da Probleme im Zusammenhang mit Mobilität und Begegnungen zu einem ganz wesentlichen Teil der Arbeitswelt geschuldet sind.

Im Übrigen ist es keine wirkliche Testpflicht, Herr Kutschaty, sondern es ist eine Angebotspflicht. Auch bei der Testpflicht und der Homeoffice-Pflicht muss nachgearbeitet werden; denn es geht darum, Begegnungen und Mobilität zu reduzieren. Mehr Begegnungen und mehr Mobilität erhöhen das Infektions-

risiko und de facto auch die Infektionszahlen. Natürlich muss der öffentliche Dienst hier mit gutem Beispiel vorangehen. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie genau das tut und umsetzt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Bekämpfung der Pandemie darf nicht länger am Zickzackkurs dieser Landesregierung scheitern, auch nicht am Wegducken und daran, dass auf andere gezeigt wird. Dafür ist die Lage zu ernst. Die Lage ist außerdem zu ernst, als dass die ungeklärte Machtfrage der Union sie aufreiben dürfte.

Herr Ministerpräsident ... – Jetzt ist er schon wieder nicht da. Trotzdem frage ich Sie und die anderen Regierungsmitglieder: Was ist die Linie dieser Landesregierung in der Pandemie? Was ist die Linie für die Krisenbewältigung in NRW? Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, die Bewältigung der Coronakrise jetzt endlich in den Fokus zu nehmen und die Bewältigung der Krise der Union hintanzustellen. Das ist es, was wir im Moment brauchen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Statt neuer Wortkreationen wie „Brücken-Lockdown“, die eigentlich nur verschleiern sollen, dass diese Landesregierung zu lange untätig geblieben ist, brauchen wir endlich eine klare und konsequente Linie, und zwar von der gesamten Landesregierung. Dazu gehören übrigens auch die Ministerinnen und Minister der FDP. Immer wieder versucht der Koalitionspartner, sich aus der Verantwortung zu stehlen, sich als Opposition in der Regierung zu präsentieren und kraftmeierisch auf sich aufmerksam zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das scheint nur zu gelingen, wenn man sich so aufstellt, ansonsten interessiert sich offensichtlich niemand genug für Sie.

(Henning Höne [FDP]: Oh!)

Herr Laschet, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört; immer in der Hoffnung, dass hier eine gemeinsame Strategie der Landesregierung vorgetragen wird.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Leider sind Sie die auch diesmal schuldig geblieben. Ich finde es interessant, dass die FDP sich immer so aufregt.

(Christof Rasche [FDP]: Ich bin am Zittern!)

Aber ich möchte ganz ehrlich sagen: Wer sich immer so laut und kraftmeierisch in den Vordergrund drängen muss, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass dies kein Beitrag zur Pandemiepolitik ist, sondern leider nur vorgezogenes Wahlkampfgetöse.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Eine abschließende Frage hätte ich aber auch noch an die CDU: Wo ist eigentlich der Gesundheitsminister in der aktuellen Lage?

(Zuruf)

– Aktuell sehe ich Sie, das ist richtig, aber ich höre in letzter Zeit zu wenig von Ihnen. In der derzeitigen Situation müssten doch das Gesundheitsministerium die Kraftzentrale und der Gesundheitsminister

(Unruhe – Glocke)

der Taktgeber vorneweg für eine schnelle, konsequente und vor allem einheitliche Pandemiepolitik sein.

Wenn der Ministerpräsident es nicht schafft, die Landesregierung zu einen, dann muss in dieser Gesundheitskrise wenigstens der Gesundheitsminister vorzugehen und den Takt bestimmen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das tut er auch!)

Die Zeit des Zauderns und Zuwartens ist vorbei. Nutzen Sie endlich die Maßnahmen, die dem Land schon längst zur Verfügung stehen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Nutzen Sie diese Maßnahmen. Ändern Sie die Landesverordnung. Ziehen Sie die Notbremse, und handeln Sie, anstatt immer nur zu fordern. Sie haben alle Instrumente im Land an der Hand. Machen Sie endlich Ihren Job.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Josefine Paul, ich fand das gerade amüsant. Es war wirklich amüsant. Sie haben der FDP vorgeworfen, laut und aggressiv Politik zu machen, womöglich auch gegenüber ihrem Koalitionspartner. Dabei versuchen wir, mit guten Argumenten sinnvolle politische Ziele zu erreichen. Das ist die Aufgabe und die Politik der FDP, und genau das machen wir.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wenn Sie es nicht schön finden, laut und aggressiv zu agieren, empfehle ich Ihnen, sich Ihre Rede im Nachhinein anzuschauen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie waren nicht nur laut und aggressiv, sondern Sie haben inhaltlich die ganze Zeit über all das

gesprachen, was angeblich nicht geht. Sie haben geschildert, in welcher gefährlicher Situation wir seien. – Das bleibt unbestritten.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Unbestritten? Sie haben das als Panikmache bezeichnet!)

Aber neben dieser Kritik haben Sie nicht mit einem Wort dargelegt, wie Sie es machen würden. Dazu kam kein einziger Vorschlag – null!

(Beifall von der FDP)

Jetzt sagen Sie auch noch, das sei Aufgabe der Regierung.

(Zurufe von Verena Schäffer [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

Sie könnten ja mal beweisen oder den Versuch unternehmen, zu beweisen, dass Sie Regierung könnten. Dafür sind aber Vorschläge notwendig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP – Verena Schäffer [GRÜNE]: Die haben wir doch gemacht!)

Es kam kein einziger Vorschlag.

Der FDP, sicherlich der ganzen NRW-Koalition, geht es hingegen um die Menschen in diesem Land und nicht darum, die Regierung oder die NRW-Koalition zu kritisieren. Auch in der Coronakrise geht es uns um die Menschen. Dabei geht es natürlich insbesondere um Gesundheit, aber auch um wirtschaftliche und soziale Interessen. Das ist unser Ziel, und ich habe den Eindruck, dass auch die SPD nicht weit davon entfernt ist.

Wir vertrauen den Menschen; denn nur mit Vertrauen können wir sie auch erreichen. Mit Misstrauen erreichen wir genau das Gegenteil. Die Politik der Bundesregierung und teilweise auch die Äußerungen von Grünen und SPD in Nordrhein-Westfalen sorgen allerdings für immer mehr Misstrauen und darüber hinaus auch für großes Unverständnis bei den Kommunen, in der Wirtschaft, bei den Bürgern und in den Medien. – Ich komme gleich darauf zurück und möchte insgesamt fünf Punkte ansprechen.

Der erste Punkt betrifft die aktuelle Situation. Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung ist unverändert groß. Das anfängliche Chaos beim Impfen ist nicht vergessen. Die Wirtschaftshilfen kamen zu spät oder sind noch nicht in Gänze da. Hinzu kommt die Teststrategie. Die Datenlage ergibt zudem immer noch ein verzerrtes Bild.

Die Zahlen steigen, auch auf den Intensivstationen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das ist gefährlich, und das müssen wir ernst nehmen. Die Prognosen des RKI lauteten vor Ostern, dass die Inzidenzen zu Ostern und nach Ostern bei einer Größenordnung von 300 liegen würden. – Wir

sind sicherlich alle froh, dass diese Prognosen nicht eingetreten sind. Dennoch haben wir eine stark ansteigende Inzidenz. Aber nicht alles ist immer so, wie es vorhergesagt wird – das gilt übrigens in beide Richtungen.

Wir benötigen eine effektive, seriöse Politik und sinnvolle Maßnahmen, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen – sowohl im Bereich der Gesundheit als auch im Bereich des Sozialen und im Bereich der Wirtschaft.

Kommen wir zur nordrhein-westfälischen Coronaschutzverordnung. Sie gilt seit dem 29. März, und sie ist aus unserer Sicht überaus vorbildlich. Andere Länder, sogar Bayern, folgen den Inhalten der NRW-Schutzverordnung. Und das ist, finde ich, eine große Leistung, dieser NRW-Koalition.

Wir haben die Notbremse umgesetzt. Wir haben deutliche Einschränkungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vorgenommen. Der Gesundheitsschutz steht in dieser Coronaschutzverordnung absolut im Vordergrund. Trotzdem ist es uns gelungen, die richtige Balance zu finden zwischen Gesundheitsschutz auf der einen Seite und sozialen und wirtschaftlichen Risiken und Zielen auf der anderen Seite. Gesundheitsschutz und verantwortungsvolle Öffnungen sind nämlich kein Widerspruch, ganz im Gegenteil. Sie können sich hervorragend ergänzen.

Ich möchte das Beispiel „Termin-Shopping mit Test“ anführen. Das ist nämlich ein sehr gutes Beispiel. Durch vermehrtes Testen – das ist unbestritten – reduzieren wir die Dunkelziffer. Dadurch brechen wir Infektionsketten – und das ist unter dem Strich Gesundheitsschutz pur.

(Beifall von der FDP)

Zudem gibt es dadurch Chancen für Bürgerinnen und Handel, etwas Freiheit zurückzugewinnen.

Also noch einmal: Shopping, verbunden mit Tests und mit allen Regeln, die dazugehören, ist Gesundheitsschutz pur. Wer das Gegenteil behauptet, macht das, obwohl er es besser weiß, nur rein politisch motiviert.

(Beifall von der FDP, Matthias Kerkhoff [CDU] und Bodo Löttgen [CDU])

Thomas Kutschaty hat in seinen letzten Reden immer wieder gesagt: Wir müssen testen, testen, testen. Das hat er ziemlich deutlich gesagt. Wir bieten durch diese Systematik einen Anreiz zum Testen. Die Testzahlen haben sich seitdem verdoppelt, verdreifacht.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir haben jetzt über 6.000 Teststellen in Nordrhein-Westfalen. Wir hatten 300.000 Bürgertests an einem einzigen Tag. Hinzu kommen noch die Tests an

Schulen und an Arbeitsplätzen sowie die freiwilligen Selbsttests.

Wir sollten daher nach dieser sehr erfolgreichen Phase zunehmender Testzahlen eigentlich gemeinsam überlegen, wie wir noch mehr Anreize schaffen können, damit noch mehr getestet wird. Das würde dem Gesundheitsschutz in Nordrhein-Westfalen dienen und helfen.

(Beifall von der FDP)

Die klare Aussage lautet also: Termin-Shopping mit Test dient dem Gesundheitsschutz.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Mein Gott!)

Ebenso ist es nach unserer Überzeugung bei den Modellregionen. Sie sind auch Gesundheitsschutz pur, verbunden mit Chancen für Bürger und einzelne Bereiche. Ein Test ist Voraussetzung bei den Modellregionen. Erneut wird die Dunkelziffer reduziert, zusätzliche Schutzregeln gelten. Wir begleiten alles wissenschaftlich. Wer soll sich denn da noch anstecken?

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wie soll das überhaupt möglich sein?

Auf der anderen Seite erarbeiten wir uns damit sehr wertvolle Hinweise

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

für die Gesundheitspolitik dieses Landes und dafür, wie man demnächst öffnen und Gesundheitsschutz noch besser miteinander verbinden kann.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Diese Modellregionen sind genau der richtige Weg, und sie sind Gesundheitsschutz pur.

(Beifall von der FDP)

Übrigens gibt dieser Weg den Menschen mal wieder ein bisschen Hoffnung. Diese Hoffnung ist in den letzten Tagen, Wochen und Monaten ein bisschen untergegangen. Ich verstehe daher inhaltlich nicht, warum SPD und Grüne dieses Projekt ablehnen.

Frau Paul hat dies vorhin sehr lautstark klargestellt. Sie hat gesagt, die Kommunen machten grundsätzlich bessere Coronapolitik als die Landesregierung. Ich frage mich: Warum haben sich dann 46 Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister beworben? Warum wollen sie mit allen Möglichkeiten Modellregion werden?

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Was haben Sie denn, verdammt noch mal, für ein Misstrauen gegen diese 46 Kommunalpolitiker? Da stecken auch noch Kreistage und Stadträte dahinter. Unmöglich ist das, liebe Frau Paul! Unmöglich; ein totales Misstrauen!

(Beifall von der FDP und Matthias Kerkhoff [CDU] – Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE] – Josefine Paul [GRÜNE]: Das, was Sie hier erzählen, ist doch schlicht nicht korrekt! Das ist doch Wahnsinn!)

Ich halte noch einmal fest: Diese Modellprojekte sind Gesundheitsschutz pur. Sie dienen unseren gemeinsamen Zielen. Alles, was Sie dagegen reden, ist rein politisch motiviert. Dazu kommt das Misstrauen gegen 46 Bewerberinnen und Bewerber aus Kreisen, Großstädten und Städten in Nordrhein-Westfalen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das hab ich gar nicht gesagt! Ich habe gesagt, sie haben verantwortlich gehandelt! Sie müssen zuhören!)

Niedersachsen hat das übrigens erkannt. Niedersachsen und Ministerpräsident Weil gehen genau diesen gleichen Weg der Modellkommunen.

Abschließend zur Coronaschutzverordnung in Nordrhein-Westfalen: Natürlich machen wir uns, wie Sie vermutlich auch, täglich Gedanken, wie man denn mit weiteren verhältnismäßigen Regeln die Gesundheit noch besser schützen kann. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe. Wenn es da konstruktive, vernünftige Ideen gibt, dann sind wir sofort dabei. Aber so einfach ist das nicht mit weiteren vernünftigen, haltbaren Ideen. Das zeigt die Arbeit auf Bundesebene, und das zeigt auch die heutige die Diskussion.

Es gab viel Kritik von Frau Paul und Herrn Kutschaty. Aber es gab nicht einen einzigen Vorschlag, wie man den Gesundheitsschutz in Nordrhein-Westfalen durch neue, kreative Ideen stärken könnte – keinen einzigen, nichts!

(Beifall von der FDP)

Drittens. Aerosolwissenschaftler sagen, drinnen ist die Gefahr am größten. Mir ist es ganz wichtig, das noch einmal herauszuarbeiten; denn die meisten Infektionen, über 90 %, finden in geschlossenen Räumen statt. Daher müssten wir uns doch Gedanken darüber machen, den Menschen Möglichkeiten zu eröffnen, sich vermehrt draußen zu treffen und nicht in geschlossenen Räumen. Dass wir sie nicht einsperren können, ist klar, und wir müssen endlich Möglichkeiten schaffen, sich zu treffen.

Kontrollierte Kontakte draußen sind immer besser als unkontrollierte Kontakte drinnen. Das habe ich hier mehrfach gesagt. Und das ist für mich und für uns ein wesentlicher Grundsatz, um die Probleme in unserem Land und in dieser Pandemie wirklich zu lösen.

Dazu gehört, irgendwann noch mal darüber nachzudenken oder es zu erreichen, Eiscafés, Außengastronomie, Cafés, verbunden mit klaren Regeln zu öffnen; denn sie sind wahrscheinlich kein hohes Risiko. Die Schweiz zeigt dies heute. Die Schweiz geht bei noch höheren pandemischen Zahlen, als wir sie

haben, genau diesen Weg. Sie bindet dabei Fitnessstudios sogar noch ein.

Viertens: die Notbremse des Bundes. Die Kritik daran ist enorm. Die Kommunen reden von Misstrauen. Die Bürger kritisieren scharf, ebenso die Wirtschaft, zahlreiche Medien und der gesamte Bereich des Sports.

Sogar in den Reihen der Fraktionen von Union und SPD auf Bundesebene gibt es sehr große Unzufriedenheit. Herr Post, SPD, hat angekündigt er werde, wenn es wirklich zu dieser Ausgangssperre kommt, als Abgeordneter der Großen Koalition in Berlin persönlich dagegen klagen; gegen das eigene Gesetz. Mir macht das Hoffnung, dass dieses Gesetz nicht so beschlossen wird, wie es eingebracht worden ist.

(Beifall von der FDP)

Die Regierung will mit dem Kopf durch die Wand. Die Bundeskanzlerin sollte sich noch einmal an den Satz erinnern, den sie zur Osterruhe gesagt hat. Sie sagte: Will man mit dem Kopf durch die Wand, gewinnt immer die Wand. – Ich will gar nicht, dass die Wand gewinnt. Man muss sich nur vorher überlegen, was man tut. Wenn sich die Bundeskanzlerin an diesen Satz erinnert, dann ist das ein weiterer Grund, um das Gesetz zu verändern und nicht in diese Art und Weise auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der FDP)

Ein Journalist sagte gestern:

Das Bundesgesetz sagt zwischen den Zeilen: Kommunen und Länder können es nicht. Das haben Kommunen und Länder nicht verdient.

Was ist das für eine Art und Weise der Bundesregierung, der Großen Koalition, mit Kommunen und Ländern umzugehen, die in dieser Krise und übrigens auch schon bei der Flüchtlingskrise gezeigt haben, dass sie es verdammt noch mal können und dass sie den einen oder anderen Fehler des Bundes ausgebügelt haben? Für uns ist es der richtige Weg, mit Achtung mit der kommunalen Seite und auch der Länderseite umzugehen.

Und dann werden die Rechte der Länder auch noch ausgehebelt. Plötzlich sollen wir im Bundesrat nicht mehr abstimmen dürfen, mit unserer Stimme zu Angelegenheiten, die in ganz wesentlichen Bereichen die Länder tatsächlich betreffen. Das ist ein Angriff auf den Föderalismus, der im Grundgesetz in Deutschland gesichert ist.

(Beifall von der FDP)

Übrigens: Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, gibt zu Protokoll:

„Der vorliegende Entwurf ist ein in Gesetz gegossenes Misstrauensvotum gegenüber Ländern und Kommunen.“

Herr Kutschaty hat hier oft gesagt oder zu argumentieren versucht, die SPD stehe aufseiten der kommunalen Familie,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

und andere täten das nicht. Nehmen Sie den Vorwurf dieses Misstrauensvotums, den die kommunale Familie gerade der gesamten Bundesregierung und der gesamten Großen Koalition macht, bitte ernst. Denn so werden wir die Menschen in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland nicht erreichen – im Gegenteil.

Manuela Schwesig hat es kritisiert, genauso Reiner Haseloff als CDU-Ministerpräsident. „Der vorliegende Entwurf greift ... unverhältnismäßig tief in die Privatsphäre ein“, sagt der Bremer SPD-Bürgermeister Andreas Bovenschulte. Gerade bei den Ministerpräsidenten gibt es also große Kritik an diesem Gesetz.

Wir als FDP kritisieren nicht nur den Angriff auf den Föderalismus, sondern sagen zudem: Die Inzidenz als einziger Maßstab ist überholt. Es ist ein erheblicher Eingriff in die Schulpolitik, die eigentlich in der Hand der Länder liegt. Das Verbot von Sport im Freien insbesondere für Kinder ist nicht richtig. Die einseitige Testpflicht in Unternehmen ist falsch. Die Verhinderung von Modellkommunen und die Verhinderung des Einkaufens mit Termin und Test sind kontraproduktiv. Pauschale Ausgangssperren sind nicht wirksam. Es gibt also einiges in diesem Gesetz zu verändern.

Abschließend gestatten Sie mir bitte noch zwei Schlussbemerkungen zur Verfassung und zur Freiheit.

Es wird immer wieder die Frage gestellt: Ist der Gesetzentwurf der Bundesregierung verfassungswidrig?

In einer gestern vorgelegten Antwort an den Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Kubicki heißt es, der Schweregrad der Pandemie werde nicht durch die Inzidenz abgebildet. Ich wiederhole: Der Schweregrad der Pandemie werde nicht durch die Inzidenz abgebildet.

Das ist sehr bemerkenswert. Denn für die Notbremse des Bundes, für schwerwiegende Grundrechtseingriffe und für nächtliche Ausgangssperren ist genau diese Inzidenz der alleinige Maßstab. Das ist ein Widerspruch in sich. Wenn die Bundesregierung sagt, die Inzidenz sei untauglich, den realen Schweregrad der Pandemie festzustellen, dann ist die Inzidenz genauso untauglich, um gravierende Grundrechtseingriffe zu beschließen.

(Beifall von der FDP)

Die Juristen des Kanzleramtes – es ist schon irre, wie das heute durchgestochen wurde – haben ebenfalls verfassungsrechtliche Bedenken.

Daher wird dieses Gesetz – ich sage es Ihnen voraus – nicht so beschlossen, wie es ist. Diese Bundes-Notbremse ist Murks. Mehr kann man dazu nicht sagen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Frank Müller [SPD])

Ich hoffe auf die Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag, auf die demokratischen Fraktionen

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

und dort natürlich insbesondere auf die Vernunft der Abgeordneten von SPD und von CDU, die dort ja entscheidend wirken.

Ein letztes Wort zum Thema „Freiheit“. In der „WELT“ hieß es gestern:

„Thomas Kutschaty ergreift das Wort – und es verschlägt einem die Sprache.“

So sagt es leider ein Journalist.

„Thomas Kutschaty ergreift das Wort – und es verschlägt einem die Sprache.“

Es geht um die Ausgangssperre. Weiter zitiert er dann – Bodo Löttgen hat das eben auch gesagt – folgende Aussage von Thomas Kutschaty beim WDR:

„Es ist nicht unser oberstes Ziel, in private Wohnungen zu gucken, aber auf dem Weg dahin kann ich Menschen erwischen.“

(Iris Dworeck-Danielowski [AfD]: Pfui!)

Das ist aus unserer Sicht, lieber Herr Kutschaty,

(Markus Wagner [AfD]: Stasi-Sprech!)

eine falsche, eine unfassbare Wortwahl. Wenn es nicht das oberste Ziel ist, in die Wohnungen zu gucken, welche Kategorie ist es denn dann? Das zweite Ziel? Das dritte Ziel? Und Menschen auf der Straße erwischen zu wollen, was ist das für eine Formulierung?

Herr Kutschaty, Sie sprachen vorhin mit Blick auf Frau Gebauer – ich weiß nicht mehr den genauen Wortlaut – vom Unwort des Jahres.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Ich würde sagen: Ihre Formulierung hat es wirklich verdient, zum Unwort des Jahres in Nordrhein-Westfalen zu werden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir wollen die Menschen nicht auf der Straße erwischen. Wir wollen, dass sich die Menschen auf der Straße frei bewegen können.

Sie hätten heute sagen können: Das war nicht so gemeint; das war völlig anders; ich distanziere mich von dieser Aussage. – Diese Chance haben Sie verpasst, Herr Kutschaty – entweder, weil Sie in dem

Moment hier am Redepult nicht die notwendige Größe hatten, oder, weil diese Aussage Ihrer Überzeugung entspricht. Beides ist Mist, Herr Kollege.

Die FDP wird Recht und offene Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland schützen. Das ist unsere Überzeugung. Die Freiheit stirbt scheinbar, und das werden wir verhindern, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche.

(Frank Müller [SPD]: Eine gespaltene Regierung!)

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor genau einem Jahr und 23 Tagen trat die erste Coronaschutzverordnung für NRW in Kraft. Niemand hier – das unterstelle ich einmal zu Ihren Gunsten – hätte vor dieser Zeit auch nur zu alpträumen gewagt, was zwischenzeitlich aus unserem Land geworden ist.

Wir hätten uns nicht vorstellen können, dass wir gut zwölf Monate später über eine Bundesermächtigung – eine Bundes-Notbremse, wie Sie es nennen – diskutieren müssen. Wir hätten uns nicht vorstellen können, dass wir darüber sprechen, für wie viele Stunden am Tage wir die Bürger aus ihrem Haus herauslassen.

Wir hätten uns auch nicht vorstellen können, dass ein SPD-Fraktionschef, Herr Kutschaty, in bester Stasi-Manier erzählt, wie er die Bürger im Land auf der Straße erwischen will. Herr Kutschaty, dazu in aller Klarheit: Dass Sie mal Justizminister in diesem Land waren – da können Sie gerne zuhören –, ist eine Schande für dieses Land und eine Schande für die SPD.

(Beifall von der AfD)

Wir hätten vor einem Jahr wohl auch nicht gedacht, dass man heute per Federstrich entscheiden kann, wer relevant ist und wer nicht, also wessen wirtschaftliche Existenz vernichtet werden darf und wer weiter die Erlaubnis hat, seinem Beruf nachzugehen.

Und doch sind wir nach einem Jahr in genau dieser Orwell'schen Dystopie angekommen. Die Bürger unseres Landes sind zu Untertanen geworden, die selbst für einen Spaziergang auf die Gnade der Regierenden angewiesen sind.

Meine Damen und Herren, wir hätten uns das alles nicht vorstellen können, weil wir ein Grundgesetz haben und die klugen Väter und Mütter unseres Grund-

gesetzes Sicherungen eingebaut haben, um zu viel Macht und damit die Möglichkeit ihres Missbrauchs – etwa durch eine Kanzlerin – zu vermeiden.

Die wesentliche Sicherung – besser und stabiler als alle Artikel einer Verfassung zusammen – ist unser Föderalismus, ist die Gliederung unserer Republik in Länder mit eigener Staatlichkeit. Das ist eine uralte deutsche Tradition und hat uns Deutsche vor viel Unheil bewahrt.

Bezeichnenderweise war das Erste, was die beiden Diktaturen auf deutschem Boden abgeschafft haben, ebendieser Föderalismus. Macht zu teilen, passt nämlich nicht in das Selbstverständnis von Diktatoren und solchen, die es sein wollen.

Bezeichnenderweise geht es den Ländern auch jetzt in diesem obrigkeitsstaatlichen Coronabtraum, in dem wir mittlerweile leben, an den Kragen. Die Kanzlerin – so liest man – habe ein Machtwort gesprochen; der Bund müsse jetzt durchregieren. Er zieht mit dem Vierten Bevölkerungsschutzgesetz die bisherige Macht der Länder an sich.

Als Grund wird angegeben, dass die Ministerpräsidenten sich nicht haben verständigen können. In stundenlangen Kungelrunden habe man sich nicht darauf einigen können, von Aachen bis Zwickau und von Flensburg bis Garmisch einheitliche Coronaregeln aufzustellen – als würde es darauf ankommen. Föderalismus heißt doch gerade, dass die Länder miteinander um die beste Lösung konkurrieren und dass man dann die jeweiligen Regierungen an den Ergebnissen ihrer Politik messen kann.

Aber genau dazu – das müssen Sie sich vorhalten lassen, Herr Laschet – sind Sie eben zu feige. Denn dann müssten Sie als Regierungschef Verantwortung für unser NRW übernehmen und könnten sich nicht, wie gerade eben, hinter einer Ministerpräsidentenkonferenz oder in Zukunft dann eben hinter Muttis Entscheidung verstecken.

Herr Laschet, Sie wollen Kanzler werden; die Frage ist noch, ob Ihre Partei das auch will. Sie wollen also 83 Millionen Deutsche regieren. Sie haben aber nicht einmal den Mumm, für 18 Millionen Bürger in NRW Verantwortung zu übernehmen. So wird das nichts, Herr Laschet.

(Beifall von der AfD)

Aber wir haben hier in diesem Haus nicht nur einen Mochtegern-Kanzler unter uns, sondern auch einen Mochtegern-Ministerpräsidenten: Herrn Kutschaty von der SPD. – Der lässt überhaupt keinen Zweifel daran, dass es im unwahrscheinlichen Fall seiner Regierung kein bisschen besser werden würde. In der „Westdeutschen Zeitung“ wird er folgendermaßen zitiert: „Wer will denn nachts ab 21 Uhr noch draußen unterwegs sein im Augenblick? Ist doch sowieso nichts los“.

Ja, Herr Kutschaty, wer will denn abends um neun noch vor die Tür? Woran mag das liegen? Vielleicht hat der Hund eine schwache Blase, oder jemand arbeitet spät und macht danach gerne noch einen Spaziergang. Was auch immer der Grund sein mag, Herr Kutschaty, warum jemand vor neun oder nach neun aus dem Haus geht: Es geht niemandem etwas an, und insbesondere geht es das sozialdemokratische Spießbürgertum nichts an.

(Beifall von der AfD)

Bisher haben unsere Gerichte viele irre Coronamaßnahmen ausgebremst. Zum Glück ist wenigstens auf die Justiz noch Verlass. Aber den gerichtlichen Rechtsschutz erschweren Sie mit dem neuen Bundesgesetz natürlich gleich mit, und das ist wahrscheinlich auch beabsichtigt. Niemand, und schon gar kein unabhängiger Richter, soll die Allmachts-träume der Lauterbachs und Spahns dieser Welt noch bremsen dürfen.

Derweil reiben sich die Kollegen von den Grünen die Hände. Alles, was sie sich seit Jahren erträumen, all die Gängeleien und Verbote, bekommen sie jetzt durch die Hintertür „Corona“ auf dem Silbertablett serviert: Reiseverbot, Mobilitätsbeschränkungen, Feuerwerksverbot usw. Das ist doch alles etwas, wovon sie schon seit Jahren träumen, und das alles dient doch auch der grünen Klimaherrlichkeit.

Ihr Parteichef gibt das ja auch ganz unumwunden zu: Nach Corona darf nichts mehr so sein wie es war, sagt er und meint damit: Schluss mit Bürgerrechten und Freiheit und her mit dem übermächtigen Zentral- und Obrigkeitsstaat.

So bleibt uns als Opposition nur der Appell und unser Antrag: Lassen Sie die Bundesermächtigung nicht zu. Stimmen Sie für unseren Antrag.

Meine Damen und Herren von der Regierung: Legen Sie im Bundesrat Widerspruch ein. Ich habe gerade gar nichts dazu gehört, Herr Rasche, wie Sie sich da positionieren.

Ich richte mich noch einmal ganz ausdrücklich an die Kollegen von CDU und FDP: Warum machen Sie sich hier selbst überflüssig? Glauben Sie, Sie können den Bürgern noch lange erklären, warum Sie hier mit diesem großen und teuren Apparat sitzen, wenn Sie sich beim ersten Anflug von schwierigen Entscheidungen wegduckend und Mutti machen lassen? Ist das Ihr Selbstverständnis als Landesparlamentarier, dass Sie aus diesem Haus eine Art besseres Studentenparlament machen und die schwierigen Sachen lieber den richtigen Politikern in Berlin überlassen? Ich hoffe nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Liebe Kollegen von der Koalition, Herr Laschet sitzt ja leider nicht an seinem Platz, aber ich denke, als verantwortungsbewusster Ministerpräsident liest er

es hinterher im Protokoll nach. Herr Laschet, Sie haben es in der Hand, ob die Länder zu reinen Vollstreckungsorganen Berlins werden. Sie entscheiden, ob elementare Grundrechte mir nichts, dir nichts vom Bund ausgehebelt werden. Sie können sich wehren. Ich fürchte nur, es fehlt der Wille. Das ist halt dann das Problem, wenn man mit der Rückseite noch in der Staatskanzlei sitzt, aber im Kopf schon längst vom Kanzleramt träumt.

Wir jedenfalls werden weiterhin für die Freiheit und das Grundgesetz kämpfen, für Deutschland und NRW, aber normal.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir liegt eine weitere Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Dr. Vincentz von der Fraktion der AfD vor.

Dr. Martin Vincentz^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Löttgen, wir sind quasi fast wieder miteinander versöhnt. Wer so schön hier und heute aus meinen Reden der vergangenen Monate vorliest, der hat nur warme Worte verdient. Wenn das jetzt noch in eine vernünftige Politik münden würde, dann wäre vieles in diesem Land tatsächlich wieder in Ordnung.

(Beifall von der AfD)

Aber man kommt sich nicht nur an dieser Stelle langsam vor wie in einem falschen Film. Es heißt hier quasi: „Und vierwöchentlich grüßt die Ministerpräsidentenkonferenz“. Der Ministerpräsident berichtet wieder über die neuesten Infektionszahlen, stellt wieder fest, dass Handlungsbedarf besteht, beteuert wieder, er habe genau die richtigen Mittel dagegen: In jedem Fall muss der Lockdown verlängert werden.

Wir erinnern uns. Im Übrigen ist das der Lockdown, über den die Kanzlerin gesagt hat, sie würde alles politisch Mögliche tun, damit er auf den November begrenzt bleibt. Böse Zungen werden mit Blick auf den Kalender sagen: Da war wohl politisch nicht sonderlich viel möglich, wenn wir uns jetzt mittlerweile Richtung Mai geben.

Aber da sind wir auch schon beim Kern des Problems. Wie geeignet können diese Maßnahmen sein? Ich habe es immer wieder an dieser Stelle gefragt: Wie geeignet sind denn die Maßnahmen, die Sie hier mit Wucht und Gewalt beschließen, um das Infektionsgeschehen in geeigneter Weise zu reduzieren, wenn wir hier jedes Mal nach vier Wochen wieder stehen und wieder miteinander darüber sprechen, dass wir die Maßnahmen verlängern, verschärfen und zuspitzen, es uns aber in keiner Art und Weise bisher tatsächlich vernünftig über die Pandemie gebracht hat? Oder wurde uns vielleicht von Anfang an ein Bär

aufgebunden? Ist es schlicht ein Staat, der mit Härte Kontrolle vorgaukeln will, um über seine Verfehlungen selbst hinwegzutäuschen?

Schauen wir dabei genauer hin, dann ist es aber doch gerade die Regierung, die es mit ihrer Krisenkommunikation, mit ihren krummen Deals, mit ihren vollmundigen Versprechungen immer wieder nur verschlimmbessert hat. Wenigen ist es vielleicht bewusst, aber Gesundheitspolitik in der Bundesrepublik läuft gerade so, dass 2020 allein 21 Kliniken in der Republik geschlossen wurden. Intensivkapazitäten wurden nicht mit allen Mitteln aufgebaut, wie man es denken würde, also in irgendeiner Art und Weise hochskaliert, um die Menschen abzufangen, die man mit seinen politischen Mitteln ja anscheinend nicht retten kann. Man hat keine Betten zusätzlich aufgebaut, sondern zu Beginn der Krise standen uns noch 9.000 Intensivbetten mehr in der Republik zur Verfügung als wir jetzt haben. Die Krankenhausgesellschaft hat bekannterweise seit Jahren über Milliardendefizite gesprochen und ist auf taube Ohren gestoßen.

Die Dinge, die wir heute haben – seien es Tests, seien es Behandlungsmethoden, seien es Schutzausrüstungen –, kamen durch Engagement und Potenzial aus der Bevölkerung und der Wirtschaft, aber nicht aus der Politik. Gerade diese Wirtschaft wollen Sie jetzt in einem großen, krachenden Finale endgültig in den Ruin treiben. Diese Bevölkerung wollen Sie jetzt, wenn es auch nur so ist, stundenweise einhellig wegsperren. Entschuldigen Sie: Das heißt ja nicht „wegsperrn“, das heißt „in den Ruhezeiten in der Bewegungsfreiheit einschränken“, wie es euphemistisch in dem Text steht.

Ihre Strategie der Repression ist krachend gescheitert. Sie haben sich argumentativ, logisch und mit ihren Handlungsoptionen selbst derart in die Sackgasse getrieben, dass Ihnen bald eigentlich gar keine Wege mehr zur Verfügung stehen. Nach immer weiteren Verschärfungen Ihres Lockdowns bleiben Ihnen jetzt nur noch Mittel, bei denen noch vor Einführung diverse Experten laut schreien: Macht das bitte nicht.

Das ist weder rechtens – so führt es beispielsweise der Ex-Richterbund-Chef Gnisa aus –, noch gibt es dafür die nötige Datengrundlage, wie es zum Beispiel der Ex-Chefvirologe der Charité Krüger betonte. Noch seien es die geeigneten Mittel, um die Infektionslage damit in den Griff zu bekommen – beispielsweise Ausgangssperren –, eher im Gegenteil, wie beispielsweise mal wieder John Ioannidis gesagt hat.

Aber Sie werden es trotzdem machen; im Gegenteil: Sie werden vielleicht sogar noch krasser werden und ziehen immer mehr Macht an sich heran, weil Sie sonst eingestehen müssten, dass Sie von Anfang an fundamental auf dem Holzweg waren.

Der Staat behauptet seit Monaten, er brauche jetzt volle Kontrolle, weil sonst das Infektionsgeschehen entgleite. Dann nimmt er sich diese Kontrolle, und das Infektionsgeschehen entgleitet. Was folgt daraus? Noch mehr Kontrolle als man eh schon an sich gebunden hat.

Unsere Kinder werden mittlerweile mehrfach wöchentlich mit einem unangenehmen Test konfrontiert, der selbst in dem Fall, dass er negativ ausfällt, nicht dazu führt, dass dann an irgendeiner Stelle die Hygienemaßnahmen gelockert würden und man beispielsweise auf die Maske verzichten könnte. So „gut“ ist der Test. So sehr vertraut man ihm, dass ein negatives Testergebnis nicht dazu führt, dass sich irgendwas ändern würde. Man macht dann einfach so weiter.

Menschen in Altersheimen sind teilweise durchgeimpft, und trotzdem bleiben sie in Isolation in ihren Zimmern und dürfen nicht gemeinsam miteinander speisen, obwohl sie gegen genau diese Erkrankung, die grassiert, geimpft sind.

Es wird bald Ausgangssperren geben, damit die Menschen bei diesen angekündigten sommerlichen Temperaturen noch mehr in ihren engen Wohnzimmern aufeinander hocken werden, um sich gegebenenfalls genau dort anzustecken. Genau das ist doch der Punkt: Man steckt sich zu Hause an, wenn man dort ohne Maske sitzt, und nicht etwa draußen.

Aber Biergärten und andere Begegnungsstätten, die, insbesondere mit den Hygienekonzepten, mittlerweile nachweislich als ungefährlich gelten können – das sagt die Wissenschaft mittlerweile –, bleiben weiterhin geschlossen. Man nötigt die Menschen quasi zur Erfüllung ihrer menschlichen Bedürfnisse nach Nähe geradezu in die Illegalität. Man will sie draußen „erwischen“, wenn sie irgendwohin unterwegs sind, um mal wieder Freunde zu treffen. In was für einem Staat sind wir hier eigentlich mittlerweile angekommen?

(Beifall von der AfD)

Bei all diesem politischen Durcheinander heute: Treten Sie einen oder vielleicht auch zwei Schritte zurück. Geben Sie die Macht doch wieder ab. Schaffen Sie Räume, in denen sich Menschen wieder begegnen können, in denen Wirtschaft stattfinden kann. Und wenn Sie es nicht selbst können, dann überlassen Sie es doch der Wirtschaft. Überlassen Sie es doch den Menschen, das zu schaffen.

Es gibt gute Optionen dazu – wie gesagt, beispielsweise den Biergarten. Es wurden aber auch andere Vorschläge gemacht, zum Beispiel von Professor Streeck: Man könne Hallen schaffen, in denen man sich unter vernünftigen Hygienebedingungen mit Menschen treffen könne, wodurch man nicht darauf angewiesen sei, sich unter Umständen zu Hause zu treffen.

Eine Studie hat untersucht, warum beispielsweise Texas ohne jede Maßnahme heute besser dasteht als New York.

Trotz teilweiser härtester, und wie heute angeklungen ist, in verschiedener Stufigkeit ergriffenen Maßnahmen in den Bundesländern hat sich am Ende gezeigt: Egal, was man gemacht hat, steigen die Infektionsgeschehen überall an – trotz Ausgangssperren.

Salzgitter: Wir waren dort bei einer Inzidenz von 200, dann kam die Ausgangssperre, jetzt sind wir bei einer Inzidenz von 300. – Ist das also das geeignete Mittel, um das zu verhindern?

Diese Studie aus den USA kommt zu dem Fazit und zieht den Schluss: Einfache Maßnahmen, an die sich die Menschen dann halten, sind besser als Hammerhart-Richtlinien, die keiner versteht und an die sich keiner hält.

Wenn Sie hier heute eine Brücke schlagen – ich befürchte, es werden sieben Brücken-Lockdowns, über die die Bevölkerung gehen muss –, dann bitte zu den Menschen. Verlieren Sie diese bitte nicht aus dem Fokus, ansonsten wird Ihre Strategie ein weiteres Mal scheitern.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Vincentz. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zur Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. – Das bleibt so. Ich schliesse die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen, erstens über den Entschließungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/13336. Ich frage, wer dem Inhalt des Entschließungsantrags zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. – Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der SPD, der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass der **Entschließungsantrag Drucksache 17/13336 abgelehnt** wurde.

Ich lasse nun zweitens über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/13337 abstimmen und frage, wer dem Inhalt des Entschließungsantrags zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Bei den Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP sowie der Fraktion der AfD. Gibt es den Wunsch eines Kollegen oder einer Kollegin, sich der Stimme zu enthalten? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass auch dieser **Entschließungsantrag Drucksache 17/13337** nicht die Mehrheit des Hohen Hauses gefunden hat und **abgelehnt** wurde.

Nach den Erfahrungen vom letzten Mal schaue ich noch einmal in die Runde. – Es gibt keine Wortmeldungen mehr.

Dann sind wir mit den Abstimmungen zu unserem einzigen Tagesordnungspunkt des heutigen Tages durch und damit am Ende unserer heutigen Plenarsitzung.

Ich wünsche Ihnen allen noch einen angenehmen, arbeitsreichen Tag. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:13 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.